

Stichwort: Nachgeschlagen

Wie viele Menschen werden 2050 in Deutschland leben? Wer wählt eigentlich NPD? Und worum geht es bei der Gesundheitsreform? In jeder Nachricht stecken hundert Fragen. Die Antworten sind nur einen Klick entfernt: Auf www.bpb.de findest du Fakten und Hintergründe zu den Themen des Tages aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Das haben wir gleich ...



Harte Zahlen

Zehn Prozent aller Deutschen in Armut. Knapp die Hälfte des Bundeshaushalts fließt in die soziale Sicherung. Wie geht das zusammen? Wie gerecht geht es wirklich zu in unserer Gesellschaft? Mach dir selbst ein Bild, mit „Zahlen und Fakten“: Über 140 kommentierte Grafiken und Statistiken zeigen die soziale Situation in Deutschland.

www.bpb.de/sozialesituation

Extreme Vorsicht

Glatzen, Stiefel, Fahnen - jede Schlagzeile spült die gleichen Bilder nach oben. Ist halt so? Alltag eben? Das Dossier „Rechtsextremismus“ schaut hinter Nachrichten und Klischees. Jeden Monat widmen sich Journalisten/innen und Experten/innen einem neuen Brennpunkt des deutschen Rechtsextremismus.

www.bpb.de/rechtsextremismus



Gesunde Skepsis

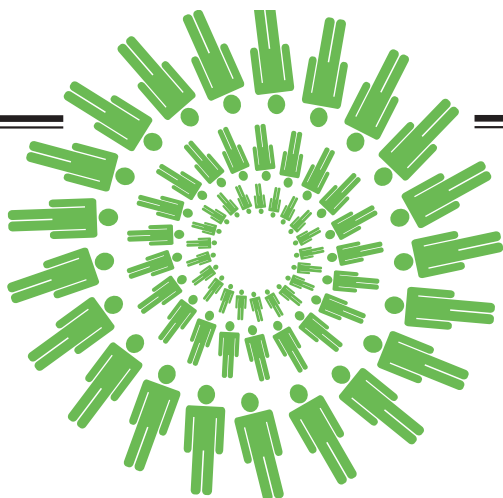
Was ist langweiliger als „die Gesundheitsreform“? Trocken, kompliziert, eine ewige Baustelle - bis man selbst in der Praxis sitzt, und eine Woche später die Rechnung im Briefkasten findet. Wohin fließt das ganze Geld? Die Lerntour „Gesundheitspolitik“ folgt seinen Wegen.

www.bpb.de/gesundheitspolitik

Politisches Wissen im Internet

www.bpb.de

ES LEBE DER UNTERSCHIED?



Gleichheit ist aus der Mode gekommen und doch auf der Tagesordnung. Ihre Gegner bringen sofort das Argument der Gleichmacherei ins Spiel. Die droht aber heute weniger im politischen Raum, sie ist eher eine Tendenz der globalen Verwertungsketten des Kapitals selbst. An die Stellen realer Erfahrungen und ihrer sich auch politisch formulierenden Kämpfe setzen sich die Marketingmaschinen mit ihren Versprechungen von Differenzgewinnen à la carte. Der immanente Nihilismus des Kapitals (Profit ist Profit ist Profit) wird zum öffentlichen Hamsterad leerer Individualität. Gleichzeitig sind die Ränder und Risse der für unsere westlichen Gesellschaften eigentlich grundlegenden politischen und rechtlichen Gleichheitsregimes unverkennbar. Wenn soziale Herkunft wieder zum Schicksal wird, ist das ein permanenter politischer Skandal und die Forderung nach Chancengleichheit eine drängende soziale Frage. Ob Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Bildungschancen für alle – auch hier sind manche gleicher. Das ist so, muss aber nicht so bleiben. Es gibt Bewegungen gegen diesen neuen Feudalismus der sozialen Abstammung. Sei es in Schulen wie der in Waldau, Stadtvierteln wie in Gorbitz oder bei Initiativen wie der „Bewegungsstiftung“. Wenn die Würde des Menschen wirklich unantastbar sein soll, ist die Frage der notwendigen Gleichheit immer schon gestellt.

Thorsten Schilling



Peggy Meinfelder, 31, ist in Seiblingsstadt/Thüringen an der deutsch-deutschen Grenze aufgewachsen. Sie studierte Kunst und Bildhauerei in Weimar und München und begann 2003, das zu sammeln, was die DDR-Bürger 1989 von ihren 100 D-Mark Begrüßungsgeld gekauft haben – inzwischen hat sie gut 90 Gegenstände zusammen. Aus dem Katalog ihrer Ausstellung *Meine ersten 100 Westmark* (www.100westmark.de) hat sie uns für diesen *fluter* Bilder zur Verfügung gestellt. Sie selbst hat sich 1989 Turnschuhe und ein Sweatshirt gekauft. >> Seite 30

- 4 **Aufklärung:** Geschichte der Gleichheit.
- 6 **Waagerecht:** Die Basler Philosophin Angelika Krebs erklärt Gleichheit, Gerechtigkeit und Kuchenmodelle.
- 10 **Gestempelt:** Martina Koch ist gehandicapt – und nichts sonst.
- 12 **Kontoauszug:** Die 60 000-Euro-für-jeden-Idee.
- 14 **Humankapital:** Reiche Erben helfen mit einer Stiftung.
- 16 **Geburtshelfer:** Kehrt die Klassengesellschaft zurück? Der Soziologe Peter A. Berger im Interview.
- 18 **Bauaufsicht:** Der Dresdener Stadtteil Gorbitz.
- 22 **Geduldsspiel:** Faruk hat ein neues Leben – vorläufig.
- 24 **Erfahrungsgemäß:** Aufwachsen als Mann und als Frau – wie Daniel und Theresa es erleben.
- 27 **Kopfsache:** Die Psychologin Claudia Quaiser-Pohl weiß, warum Frauen parken und Männer weinen können.
- 30 **Doppelnul:** Bilder aus der Ausstellung von Peggy Meinfelder.
- 36 **Reformhaus:** Die Offene Schule Waldau als Modell. Dazu: Eliteforscher Michael Hartmann im Interview.
- 40 **Markierung:** Alle Innenstädte sehen gleich aus. Muss das sein?
- 42 **Einzelschicksal:** Warum sind viele gleich, wenn jeder anders sein möchte? Norbert Bolz im Interview.
- 43 **Rechtshilfe:** Das neue Antidiskriminierungsgesetz.
- 44 **Einstellungssache:** Warum der Paragraph 153a ein Wundermittel ist.
- 47 **Impressum**
- 48 **Lebenslänglich:** Ayaan Hirsi Ali über Islam und Enid Blyton.
- 50 **Gewusst:** Gewinnspiel.

fluter.de

MAGAZIN DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

im Dezember und Januar: Eine kurze Geschichte der Menschenrechte: Was sind eigentlich die wichtigsten Menschenrechte? Gentechnik: Was wäre, wenn jeder Mensch gleich aussähe? Ein Hörspiel: Zwillinge – gleiches Aussehen, gleiche Kleider, gleicher Charakter? Frauenquoten auf dem Kasernenhof: Ein Gespräch mit der Gleichstellungsbeauftragten der Bundeswehr. Frankreichs Schulen: Elitäre Ungleichheit oder überall die gleichen Probleme? Und: Die Musik der Abgehängten – der Hip-Hop war mal eine politische Bewegung.

 www.fluter.de

Gleich gehts los

Die Geschichte eines politischen Begriffs.

Text: Barbara Lich Illustration: Eva Hillreiner

„Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn“, steht im **Alten Testament** (Genesis, 1,27). Jedem Menschen wird als Geschöpf und Ebenbild Gottes so die gleiche, unantastbare Würde zuerkannt. Auch das Neue Testament thematisiert die Gleichheit der Menschen vor Gott.



Der griechische Philosoph Aristoteles

Sklaven, Bauern, Handwerker, Händler, Krieger, Herrscher – in der **Antike** beruht die gesellschaftliche Ordnung auf Ungleichheit. Trotzdem stellen griechische und römische Philosophen eine Reihe von Überlegungen an, aus denen später die modernen Menschenrechte entwickelt werden. Der Sophist Antiphon (5. Jh. v. Chr.) vertritt die damals revolutionäre Ansicht, dass Hellenen und Barbaren von Natur aus „in allen Beziehungen gleich geschaffen sind“. Während Aristoteles (384–322 v. Chr.) davon ausgeht, dass es natürlicherweise Sklaven gibt, argumentiert die griechische Schule der Stoa, dass alle Menschen von Natur aus vernunftbegabt und damit gleich seien. Der frühere Sklave und spätere Philosoph Epiktet (um 50–138 n. Chr.), Vertreter der römischen Stoa, übernimmt den Gedanken: Für ihn sind die Menschen Brüder, weil sie in Gott einen Vater haben. Daher müsse die Gleichberechtigung

aller gelten. Konkreten politischen Einfluss haben diese Ideen allerdings nicht.



Nikolaus von Kues

Im christlichen **Mittelalter** klaffen philosophische Theorie und politische Praxis immer noch auseinander. Zwar gibt es Persönlichkeiten wie den Kirchenmann und Philosophen Nikolaus von Kues (1401–1464), der die Menschen von Natur aus als „gleich mächtig“ und „gleich frei“ ansieht. Auch wird die Würde des Menschen aufgrund der im Christentum postulierten Gottesebenbildlichkeit gestärkt. Andersgläubige sind davon jedoch ausgeklammert. Die Ständegesellschaft



John Locke, englischer Philosoph

macht Gleichheit im Sinne von Gleichbehandlung und Gerechtigkeit unmöglich.

Humanismus und **Aufklärung** gelten heute als Wiege der Grund- und Menschenrechte – und damit auch der Gleichheit als verfassungsrechtlichen Prinzips. Die Aufklärung definiert die wichtigsten Merkmale der Menschenrechte, etwa ihre Unveräußerlichkeit. Der englische Philosoph John Locke (1632–1704) erklärt die Gleichheit in seinem Haupt-



Ausschnitt aus der US-Unabhängigkeitserklärung

werk *Über die Regierung* (1690) zu einem der höchsten Rechtsgüter: Seiner Auffassung nach sind alle Menschen von Natur aus gleich und frei. In Frankreich sind Montesquieu, Voltaire und Rousseau Vordenker und Wegbereiter der Französischen Revolution.

Zum Meilenstein in der Geschichte der Gleichheit wird die **amerikanische Unabhängigkeitserklärung** (4. Juli 1776), die die Forderungen europäischer Philosophen konkret umsetzt. Ihr Hauptverfasser ist Thomas Jefferson. In der Präambel werden Gleichheit und Freiheit aus dem Naturrecht heraus begründet. Der Kernsatz der Erklärung lautet: „all men are created equal“. Aber: In den 13 Kolonien ist jeder sechste Einwohner schwarz, Sklave, unfrei. Auch Indianer und Frauen sind von der Gleichheitsdefinition ausgeschlossen.

Die **Französische Revolution** (1789–1799) macht aus der absoluten Monarchie in Frank-

reich eine konstitutionelle. Die Nationalversammlung schafft die feudalen Privilegien ab und verkündet am 26. August 1789 die *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte*. Dort heißt es in Artikel 1: „Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten.“ Gleichheit meint hier also Gleichberechtigung. 1791 wird eine neue Verfassung verabschiedet. Danach basiert der französische Staat auf den Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Gleichheit meint die Gleichheit aller Bürger



Ausschnitt aus *Die Freiheit führt das Volk an* von Eugène Delacroix

vor dem Gesetz und den gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern. Ebenso gilt die sie in Bezug auf die staatsbürgerlichen Pflichten, bei Steuern und Militärdienst. Trotz dieser Fortschritte haben nicht alle französischen Bürger die Möglichkeit, politisch aktiv zu sein. Das Wahlrecht ist an das Einkommen gebunden, „Arme und Dienstboten dürfen daher weder wählen noch gewählt werden. Frauen bleibt das Stimmrecht zunächst verwehrt.

Nach dem Vorbild der amerikanischen Unabhängigkeits- und der französischen Menschenrechtserklärung findet im 19. Jahrhundert das Gleichheitsprinzip Eingang in eine deutsche Verfassung: Am 27. Dezember 1848



Verfassungsgebende Versammlung, Paulskirche

werden die *Grundrechte des deutschen Volkes* verkündet, die Teil der **Paulskirchenverfassung** vom 28. März 1849 werden. Es gilt Rechtsgleichheit vor dem Gesetz. Aber: Die Grundrechte haben keinen höheren Rang, nur ergänzenden Charakter, sie können also zurückgenommen werden, sind nur „gewährt“. Auch in der **Weimarer Verfassung** von 1919 werden die Grundrechte in einem Katalog erst ab Artikel 109 aufgeführt. Sie sind Teil, nicht Basis der Gesetzgebung.

Die Erfahrungen des **Dritten Reiches**, während dessen die Grundrechte 1933 durch das Ermächtigungsgesetz ausgesetzt worden waren, haben große Bedeutung für das **Grundgesetz** von 1949 und die Verankerung der Grund- und Menschenrechte. Diese stehen seither am Beginn der Verfassung, sind die Grundlage der Bundesrepublik Deutschland und unmittelbar bindendes Recht. Art. 3, Abs. 1 schreibt vor: „Alle Menschen sind vor dem



Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler

Gesetz gleich.“ Außerdem gibt es spezielle Gleichheitssätze, die etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau erklären (Art. 3, Abs. 2) oder die Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, der Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, religiöser und politischer Überzeugung oder einer Behinderung verbieten (Art. 3, Abs. 3). Neben der Gleichbehandlung der Bürger ohne Ansehen der Person (beispielsweise beim Wahlrecht) versucht der Staat, soziale und ökonomische Ungleichheiten zu beseitigen oder zu reduzieren, etwa durch das Steuersystem, das sich am Einkommen orientiert.

Heute fächert sich der **Gleichheitsbegriff** immer weiter auf: Gleichstellung beschreibt die Herstellung gleicher Rechte von Mann und Frau, aber auch die Angleichung der Chancen benachteiligter Gesellschaftsgruppen. Ein Beispiel ist das „Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen“. Verwandt ist der Begriff der Chancengleichheit, der sich auf gleiche Ausbildungs- und Zugangschancen bezieht. Seit August 2006 ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft.



Ungleich besser

Die Basler Philosophin Angelika Krebs findet, dass für eine gerechte Gesellschaft Gleichheit gar nicht so wichtig ist.

Interview: Dirk Schönlebe Fotos: Anja Frers



Frau Krebs, Politiker scheinen „Gleichheit“ als Zauberformel zu sehen – ob bei Bildungschancen, Lebensbedingungen oder Arbeitslosengeld. Zu Recht?

Gleichheit ist ein Hurra-Wort. Es wird heute in der Politik tatsächlich alles in die Gleichheitsterminologie verpackt. Man kann das verstehen, Politiker müssen die Bürger erreichen. Weil Gleichheit ein so abstrakter Begriff ist, kann man auch alles darin verpacken. Oft ist es jedoch wirklich nur eine Verpackung, bloße Rhetorik. Eine gerechte Gesellschaft kann man nicht auf Gleichheit aufbauen.

Sondern?

Im Zentrum müssen Menschenwürde und Verteilungsgerechtigkeit stehen.

Was bedeutet dann Gleichheit überhaupt?

Gleichheit ist die Ununterscheidbarkeit oder Identität von mindestens zwei Dingen in einer bestimmten Hinsicht. Wichtig beim Gleichheitsbegriff ist, dass man immer die Hinsicht angibt, in der wir zwei oder mehrere Dinge als gleich beurteilen.

Sind eineiige Zwillinge gleich?

Sagt man nur: Eineiige Zwillinge sind gleich, ist das nicht zu verstehen. Gleich klug? Gleich schön? Gleich reich? Eine Hinsicht wäre bei eineiigen Zwillingen zum Beispiel das äußere Erscheinungsbild. Da gibt es Gleichheit.

Das klingt einfach.

So weit gibt es auch noch kein Problem mit der Gleichheit. Spannend wird es, wenn wir nach Gerechtigkeit fragen. Da sagen die einen: Eine gerechte Gesellschaft ist eine, die Gleichheit zwischen den Menschen in einer bestimmten Hinsicht anstrebt. In der Philosophie sind das die Egalitaristen.

Gleichheit in welcher Hinsicht?

Die typische Antwort der Egalitaristen ist: Freiheit. Denn die Menschen wüssten selbst am besten, wie sie glücklich werden. Eine gerechte Gesellschaft sei eine, die allen Menschen gleichermaßen die Freiheit gibt zu leben, wie sie es möchten. Gerechtigkeit verlange gleiche Lebensaussichten auf ein glückliches Leben für alle.

Aber jeder kann immer noch selbst entscheiden, wie er leben möchte?

Ja, deswegen: Freiheit. Die Hinsicht ist die Freiheit und nicht irgendeine Vorstellung, wie die Menschen zu leben haben. Den Egalitaristen kann man also nicht vorwerfen, dass es ihnen um Gleichmacherei geht, dass alle grüne Anzüge tragen oder in der Stadt leben müssen. Zudem sollen nach egalitaristischer Ansicht nicht nur alle die gleiche Freiheit genießen, sondern auch möglichst viel Freiheit. Denn gar keine Freiheit für alle, das wäre ja auch eine Form von Gleichheit. Schließlich ergänzen die Egalitaristen noch: Wenn wir manchen Menschen, sehr talentierten etwa, doch mehr Ressourcen als Anreiz dafür geben, dass sie ihre Talente für das Gemeinwohl einsetzen, steigt das Lebensniveau eines jeden. Gewisse Abstriche an Gleichheit sind daher im Egalitarismus durchaus vorgesehen.

Kann man sich das bildlich vorstellen?

Könnte man die Lebensaussichten der Menschen mit Waagen abwägen, würde der

Egalitarismus mit einer Balkenwaage operieren. Diese Waage müsste dann möglichst gerade sein, wenn man die Lebensaussichten verschiedener Menschen misst. Im Egalitarismus kommt es darauf an, wie der eine im Vergleich zum anderen abschneidet – das ist die eine Idee der Gleichheit.

Dem kann man doch nur zustimmen!

Die Non-Egalitaristen, zu denen ich mich zähle, sehen das anders. Wir denken, dass Gleichheit nicht diesen Stellenwert hat. Bei Gerechtigkeit geht es im Wesentlichen darum, allen Menschen in einer Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, ein Leben, das eine bestimmte Schwelle des guten Lebens erreicht. Also etwa, dass nie-

nen Bereich ist und dort verschieden stark ausschlägt, würde ich sagen: So what?

Die Grenze zwischen rotem und grünem Bereich ist die Menschenwürde?

Genau. Im Herzen der Gerechtigkeit steht das menschenwürdige Leben für alle. Meinetwegen kann man dies auch in der Gleichheitsterminologie ausdrücken. Wenn alle genug zu essen haben, sind alle in der Hinsicht gleich, dass sie genug zu essen haben. Aber es kommt auf das Essen an, nicht die Gleichheit! **Ich kann am Egalitarismus noch immer keine Schwäche sehen.**

Egalitaristen betrachten alle Ungleichheiten unter dem folgenden Aspekt: Heben sie das Lebensniveau aller oder nicht? Und wenn

gibt, auf die reagiert werden muss: Hat ein Kind mehr Hunger oder den Tisch gedeckt oder Geburtstag? Non-Egalitaristen lehnen das Kuchenbeispiel als irreführend ab. Kinder können von Süßigkeiten nie genug kriegen – was man ihnen, da sie Kinder sind, auch nicht verdenken kann. Gerechtigkeit handelt vorwiegend von der Verteilung von Lebensgütern unter Erwachsenen. Erwachsene wissen oder sollten wissen, wann sie genug haben. Außerdem suggeriert das Kuchenbeispiel eine unterkomplexe Situation. Kinder backen zum Beispiel nicht mit. Es gibt keine vergangenen oder zukünftigen Generationen, die zu berücksichtigen wären, und so weiter.



mand in materieller Armut leben muss, dass keiner sozial ausgeschlossen, stigmatisiert wird, dass alle die Chance haben zu persönlichen Beziehungen und zu privater wie politischer Autonomie. Diese Schwelle markieren wir mit dem Begriff der Menschenwürde oder der Inklusion oder der Bürgerschaft. Oberhalb dieses Niveaus mag es Ungleichheiten geben, sogar große. Aus der Perspektive der Gerechtigkeit sind diese Ungleichheiten aber nicht unbedingt zu beanstanden.

Und welche Waage wäre dann Ihre?

Bei den Non-Egalitaristen könnte dies eine digitale Küchenwaage sein, bei der es einen roten und einen grünen Bereich gibt. Solange jemand im roten Bereich ist – also nicht genug zu essen hat, kein Auto, das er auf dem Land braucht, um flexibel genug für seine Arbeit zu sein, und so weiter –, herrscht Ungerechtigkeit. Sobald aber der Zeiger im grü-

nicht, müsse man sie nivellieren. Das ist ein ganz anderer Blickwinkel als der non-egalitaristische. Die Egalitaristen sagen nicht: Wenn jeder ein Auto hat, kann einer auch drei haben. Die Egalitaristen zwingen denjenigen, der drei Autos hat, das zu rechtfertigen, obwohl die anderen auch fahren können. Egalitaristen geht es nicht um die Tugend der Gerechtigkeit, sondern um Gier und Neid. So wie bei dem oft zitierten Kuchenbeispiel.

Das Kuchenbeispiel?

Der Egalitarismus arbeitet gern mit dem Kuchenbeispiel, weil er ja irgendwie begründen muss, warum Gleichheit eine so zentrale Rolle spielen soll in der Gerechtigkeit. Es gibt einen Kuchen, am Tisch sitzen die Kinder. Die Egalitaristen behaupten: Die Mutter muss offensichtlich jedem der Kinder ein gleich großes Stück Kuchen geben, dann kann man immer noch überlegen, ob es Ausnahmen

Aber erst mal ist doch einfach wichtig, dass alle was vom Kuchen haben.

Sicher. Egalitarismus und Non-Egalitarismus können im konkreten Fall zum selben Ergebnis führen: Der Kranke bekommt Medizin, der Arme Brot. Aber für eine Gesellschaft macht es einen Unterschied, ob sich die Politik darauf konzentriert, dass alle die Schwelle des menschenwürdigen Lebens erreichen. Oder ob sie viel Zeit und Ressourcen dafür aufwendet, Ungleichheiten einzuebnen. Reden wir über die Menschenwürde und darüber, was jemand wirklich braucht? Oder darüber, was wir im Vergleich zu anderen haben? Das muss eine Gesellschaft klären. Die Philosophie stellt in diesem Punkt ein gewisses Unterscheidungskwissen zur Verfügung. **Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass 345 Euro im Monat für ein Leben in Menschenwürde ausreichen. Wie**

Die Debatte

Zu den führenden Non-Egalitaristen zählen neben Angelika Krebs Philosophen wie Harry Frankfurt, Michael Walzer, Peter Westen und Martha Nussbaum. Die Egalitaristen beziehen sich meist auf eine Theorie der Gerechtigkeit des Philosophen John Rawls. Zu ihnen zählen zum Beispiel Derek Parfit und Thomas Nagel.



bestimmt man die Grenze zwischen rotem und grünem Bereich?

Es gibt anthropologische Einsichten. Kein Mensch will hungern oder stigmatisiert werden. Konkreter muss man schauen, was man in einem Land wie Deutschland alles benötigt, um nicht ausgeschlossen zu sein. Man muss sich fragen: Braucht man ein Auto, einen Fernseher, eine Tageszeitung, wie groß muss die Wohnung sein, muss sie eine Dusche haben etc.?

Kann man die Schwelle der Menschenwürde beliebig herabsetzen, wenn sich die Gesamtsituation verschlechtert?

Es gibt durchaus einen gewissen Spielraum bei der materiellen Bestimmung der Schwelle. Mitunter ist der Gürtel tatsächlich enger zu schnallen. Die materielle Ebene wird aber überlagert von der immateriellen Ebene. Die entscheidende Frage lautet hier: Zählt man

noch als volles Mitglied der Gesellschaft, wenn man keinen schwarzen Anzug für eine Beerdigung hat? Oder sich als Schülerin keine Markenjeans leisten kann?

Was ist mit der Arbeitslosigkeit?

Das Hauptproblem mit der Arbeitslosigkeit ist der soziale Ausschluss der Arbeitslosen in einer Gesellschaft wie der unsrigen, die Anerkennung oder soziale Zugehörigkeit über Arbeit vermittelt. Wenn Millionen von Menschen gar nicht die Chance haben zu arbeiten, ist dies ein moralischer Skandal. Damit befinden wir uns im roten Bereich.

Wo ist der Millionär, der keine sozialen Kontakte hat? Roter Bereich? Grün?

Gerechtigkeit verlangt nur, dass wir allen den Zugang zu einer bestimmten Schwelle des guten Lebens eröffnen. Der Millionär könnte sich ja bemühen, ein netter Mensch zu sein, und so Freunde oder einen Liebespartner finden. Solange er die Möglichkeit dazu hat, gibt es kein Gerechtigkeitsproblem. Also grün.

Gehen wir noch ein paar Beispiele unter dem Aspekt der Gleichheit durch: Behandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz.

Wenn Frauen für die gleiche Arbeit immer noch schlechter bezahlt werden

als Männer, haben wir es mit der Verletzung eines bestimmten Gerechtigkeitsstandards zu tun, nämlich dass Menschen nach Leistung zu bezahlen sind, nicht nach Geschlecht, Geschlecht, Hautfarbe und derartige Kriterien sollten für die Entlohnung irrelevant sein. Sie sehen, ich muss hier gar nicht über Gleichheit reden, weil es nicht darum geht, dass die Leistung der einen an der Leistung des anderen gemessen wird. Ein anderer Punkt kommt hinzu: Angesichts der Geschichte der Frauendiskriminierung ist auch heute noch mit ungleicher Entlohnung das Signal verbunden, dass Frauen Menschen zweiter Klasse sind. Dies wiederum hat mit der Menschenwürde zu tun, mit dem Recht der Frau auf volle gesellschaftliche Zugehörigkeit und nicht mit Gleichheit.

Sind Frauenquoten dann sinnvoll?

Wie brauchbar Quoten sind, ist eher eine soziopolitische Frage denn eine philosophische.

Die Philosophin fragt: Gehört es zur Menschenwürde, nicht diskriminiert zu werden, und warum? Welche anderen Gerechtigkeitsstandards werden durch Diskriminierung verletzt? Sitzt eine Diskriminierung in einer Gesellschaft so tief, dass man für ihre Bekämpfung zu radikalen Maßnahmen greifen muss, dann können, für eine gewisse Zeit, Quoten gerechtfertigt sein. Aber kein Non-Egalitarist hat ein ungebrochenes Verhältnis zu Quoten. Denn es ist gerecht, dass sich Leistung auszahlt, nicht etwas anderes. Mit Quoten verunreinigen wir den Gerechtigkeitsstandard, der sagt: Es geht nur nach Leistung.

Weiter: Managergehälter im Vergleich zum Durchschnittsangelastetenlohn.

Neben den Kriterien des menschenwürdigen Lebens gibt es noch ein komplexes Netz von Verteilungskriterien, etwa das Leistungskriterium oder das Kriterium der Kompensation für besonders unangenehme Arbeit. Man muss sich fragen: Ist die Leistung eines Managers so viel größer? Muss er für seinen besonderen Stress Kompensation bekommen? Diese Fragen gehören in die Wirtschaftsethik. Was soll der Markt, was kann er? Wie bringt man Moral und Markt zusammen? Vor naiver Moralisierung und allzu einfachen Antworten muss man sich hier hüten.

Zum Dritten: Muss das Arbeitslosengeld im Westen und Osten gleich hoch sein?

Man kann das wollen, weil man gegen Diskriminierung ist und findet, dass ein signifikanter Unterschied im Arbeitslosengeld einen Status zweiter Klasse für die Menschen im Osten markiert. Auf der anderen Seite steht die größere Kaufkraft eines Euro im Osten. Man muss also beide Seiten prüfen und abwägen. Konkrete Beispiele werfen uns in eine komplexe Argumentationslandschaft. Sobald man diese Komplexität berücksichtigt, verlieren einfache Lösungen nach dem Motto „Gleichheit“ ihre Schlagkraft.

Werden sich Egalitaristen und Non-Egalitaristen auf einen Umgang mit dem Begriff „Gleichheit“ einigen?

Es wird vielleicht noch zehn oder zwanzig Jahre dauern, aber dann wird es argumentativ durchdekliniert sein: dass es der Gerechtigkeit im Kern um Menschenwürde und Verteilungsgerechtigkeit geht. Und dass Gleichheit damit nichts zu tun hat. ●



Angelika Krebs, 45, ist Professorin für Philosophie an der Universität Basel. Zuletzt erschien von ihr Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit.

Das große G

Es ist nur ein Buchstabe auf einem Stück Papier. Ein Buchstabe für ein ganzes Leben.

Text: Martina Koch Foto: Simon Koy

Neulich fuhr ich abends mit dem Bus. Beim Einsteigen zeigte ich dem Fahrer meinen Schwerbehindertenausweis zusammen mit dem „Beiblatt mit Wertmarke“, damit kann ich in öffentlichen Verkehrsmitteln umsonst fahren. Dem Mann entfuhr: „Noch so jung, und schon einen Schwerbehindertenausweis!“ Ich frotzelte zurück: „Und stellen Sie sich vor, ich bin seit dreißig Jahren im Geschäft!“

Tatsächlich habe ich den Ausweis als kleines Mädchen nach einer Lungenoperation bekommen. Gemäß Paragraf 2, Abs. 1, Sozialgesetzbuch IX stellte das Versorgungsamt damals fest, dass ich ab sofort zu 70 Prozent „schwerbehindert“ war. Absurderweise ging es mir nach dieser Operation viel besser als die Jahre zuvor. Aufgrund einer seltenen Gefäßkrankheit bin ich von Geburt an gehandicapt – mein Lymphgefäßsystem ist unterentwickelt. Das Lymphwasser kann zum Teil nicht richtig abfließen und beeinträchtigt dann andere Organe. Manchmal war ich, manchmal bin ich traurig darüber. „Schwerbehindert“ habe ich mich nie gefühlt.

Ich mag den Begriff nicht, schließlich bin ich weder „doof“ noch „bescheuert“, denn das ist gemeint, wenn wir jemanden beschimpfen: „Du bist behindert!“ Davon abgesehen, „behindert“ mich mein Handicap in vielen Lebensbereichen kein bisschen. Aber die Behördensprache walzt mit diesem Begriff behäbig und grob über meine Existenz und macht sie platt. Obwohl es noch schlimmer geht. Im Englischen dominiert die Bezeichnung „disabled“. Streng genommen, wird hier unterstellt, dass ein Mensch zu etwas gar nicht in der Lage ist, und nicht nur, dass ihn etwas hindert. Politisch sehr korrekt, aber wohlthuend klingt die amerikanische Variante „physically challenged“. Manche halten es für Wortklauberei, wenn ich für „gehandicapt“ plädiere – so sagt man in den Niederlanden. Aber die Bezeichnungen offenbaren vier Blickwinkel. Sprache schafft Wirklichkeit.

Wegen meines Handicaps kam ich früher beim Rennen und Spielen leichter außer Atem als andere Kinder. Ich war immer zierlich und blass wie Schneewittchen, häufiger krank als andere und musste bis zum Abitur nicht am Sportunterricht teilnehmen. Für mich war das normal, ich kannte es nicht anders. Es war selbstverständlich, immer wieder zu erklären, warum ich nur langsam Fahrrad fuhr oder nicht rumklettern durfte. Ich kann mich nicht erinnern, ein einziges Mal gehänselt worden zu sein. Nicht einmal in der siebten Klasse, als ich, zudem noch ausgestattet mit Stützkorsett, Zahnsperre und Brille, aussah wie Chucky, die Mörderpuppe. Lag ich nicht gerade krank im Bett, gehörte ich dazu wie alle anderen auch.

EIN STÜCK PAPIER, DAS MIT MEINER LEBENSREALITÄT WENIG ZUTUN HAT.

Schon möglich, dass ich manchmal ehrgeiziger oder extremer war als andere, wohl auch, um keine Zweifel daran aufkommen zu lassen, dass ich dazugehöre: Ich galt erst als eine besonders gute und brave Schülerin und dann, als es die Coolness der Pubertät erforderte, als extra aufsässige und schlechte. Über mein Handicap habe ich bewusst nie mehr als nötig gesprochen. Mir wurde schnell klar, dass eine kurze, sachliche Schilderung meiner Situation am wenigsten Aufsehen erregte und auch für meinen seelischen Zustand das Beste war. Heute erschüttert mich so eine Reaktion nicht mehr so sehr, aber früher kam mir mein Handicap sofort dramatischer und schwerer vor, wenn ich bei anderen Verunsicherung oder – ganz schlimm – Mitleid spürte. So ging es mir, als ich mit siebzehn erforschte, was das „Merkzeichen G“ in meinem „Schwerbehindertenausweis“ bedeutet. Es dauerte Monate, bis ich die gesetzliche Definition einigermaßen verdaut hatte: „G“ wie „gehbehindert“. Das bedeutet: Meine

Gehfähigkeit wird in etwa so eingeschätzt wie die eines Unterschenkelamputierten. Ich machte gerade den Führerschein, sparte für mein erstes Auto, sang in zwei Bands und wollte nach dem Abitur Gesang studieren.

Als meine Ärzte mir vom Gesangstudium abrietten, akzeptierte ich das und entschied mich für Germanistik. Ob und wie mir das Handicap oder der „Schwerbehindertenausweis“ später beruflich im Weg stehen könnte, darüber habe ich nicht eine Sekunde nachgedacht. Vielleicht, weil ich zu einer Haltung gegenüber dem Ausweis gefunden hatte: ihn als ein Stück Papier zu betrachten, das ich nicht verstecken muss. Grün-orangefarbenes Papier, das mir ein paar finanzielle Vergünstigungen verschafft, ansonsten aber mit meiner Lebensrealität wenig zu tun hat.

Man kann es phlegmatisch nennen, dass ich beim Start ins Berufsleben mit Paragraf 71 (und folgenden), Abs. 1, Sozialgesetzbuch IX schlecht vertraut war. Dass ich nicht wusste, dass man bei Bewerbungsgesprächen seine „Schwerbehinderteneigenschaft“ ungefragt nicht erwähnen muss; dass für „Schwerbehinderte“ ein besonderer Kündigungsschutz gilt; dass Arbeitgeber eine gesetzliche Beschäftigungspflicht gegenüber „Schwerbehinderten“ haben – von der sie sich allerdings jedes Jahr bequem freikaufen können. Der Staat will die 6,6 Millionen Menschen, die in Deutschland einen Ausweis mit dem Vermerk „schwerbehindert“ mit sich herumtragen, durch diese Gesetze schützen. Ob es ihm so gelingt, weiß ich nicht. Ich jedenfalls habe mich ab und zu schon gefragt, ob Festanstellungen an mir vorbeibesetzt wurden, weil ich nicht qualifiziert oder weil ich bekennend „schwerbehindert“ war. Meine Selbstständigkeit hat viele Vorteile. Ich fühle mich nicht „schwerbehindert“.

Martina Koch lebt und arbeitet als freie Journalistin in München.



Schöne Bescherung

Was wäre, wenn jeder Deutsche zum 18. Geburtstag 60 000 Euro bekommen würde? Es würde allen gleiche Chancen verschaffen und dem Staat helfen, dachten sich drei Wissenschaftler. Also erfanden sie die „Teilhabegesellschaft“.

Text: Susanne Klingner Illustration: Eva Hillreiner

Michael Maschke hatte mit 15 Jahren einen dicken Schulfreund. Dessen Eltern versprachen ihm einen Videorekorder, unter einer Bedingung: Er müsse einen Marathon laufen. Der dicke Freund fing an zu trainieren – er wollte den Videorekorder. Heute, zwanzig Jahre später, ist Michael Maschke studierter Volkswirt und einer von drei Autoren, die sich die „Teilhabegesellschaft“ ausgedacht haben, die Adaption einer Idee der US-amerikanischen Yale-Professoren Bruce Ackerman und Anne Alstott. Gemeinsam mit dem Sozialwissenschaftler Claus Offe und dem Volkswirt Gerd Grözinger schlägt er vor, dass jeder Jugendliche zum 18. Geburtstag vom Staat 60 000 Euro zur eigenen Verwendung bekommt. Bedingung für den Zugriff auf das Geschenk: Abitur oder eine Ausbildung. Maschke und seine Kollegen wollen vor allem die erreichen, die keinen Abschluss und damit kaum Perspektiven haben, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. Sie spekulieren auf den Videorekorder-Effekt: „Es ist nicht so, dass wir an das Gute im Menschen glauben und hoffen, dass schon der Appell hilft, einen höheren Abschluss zu machen.“ Sie wollen den Egoismus der Jugendlichen dafür nutzen, dass jeder die gleiche Chance auf einen Beruf und ein regelmäßiges Einkommen bekommt. Mit den 60 000 Euro soll sich im Idealfall jeder ein Studium finanzieren, eine Firma gründen oder eine Wohnung kaufen können. Das würde auch dem Staat nützen: Je selbstständiger ein Bürger ist, desto weniger muss ihn der Sozialstaat versorgen. Läuft es richtig gut, haben zum Beispiel mehrere junge Leute zusammen ein Unternehmen gegründet und stellen Mitarbeiter ein, zahlt sich die Investition erst recht aus. Der Staat nimmt mehr Steuern ein, muss weniger Sozialleistungen

zahlen, und auch die privaten Schulden sinken, wenn mehr Menschen genug Geld zum Leben haben. „Wir könnten den sozialen Frieden sichern und demokratische Werte stärken“, sagt Michael Maschke. „Das hätte eine ungemeine Integrationskraft, auch ohne wirtschaftliches Wachstum, das bis heute die Basis des Sozialstaats ist.“

Maschke, der an der Berliner Humboldt-Universität Ökonomie des Sozialstaates lehrt, sagt, dass Deutschland vom alten Sozialstaatsmodell wegkommen und der Vorschlag, 60 000 Euro an alle 18-Jährigen zu verteilen, keine Utopie bleiben muss. Um zu beweisen, dass ihre Idee nicht realitätsfern ist, haben die drei Wissenschaftler sie einmal durchgerechnet: 2006 wurden in Deutschland 925 056 Jugendliche volljährig, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. In dem Modell bekommen nur eingebürgerte Jugendliche, die seit mindestens acht Jahren hier leben, das Geld. Diese Einschränkung entspricht dem deutschen Staatsbürgerschaftsrecht. Die Gesamtsumme, die in diesem Jahr 18-Jährige auf dem Geburtstagstisch gefunden hätten, beträgt 55,5 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Im Budget der Bundesrepublik sind jährlich 1,5 Milliarden Euro für Ausbildungsförderung vorgesehen.

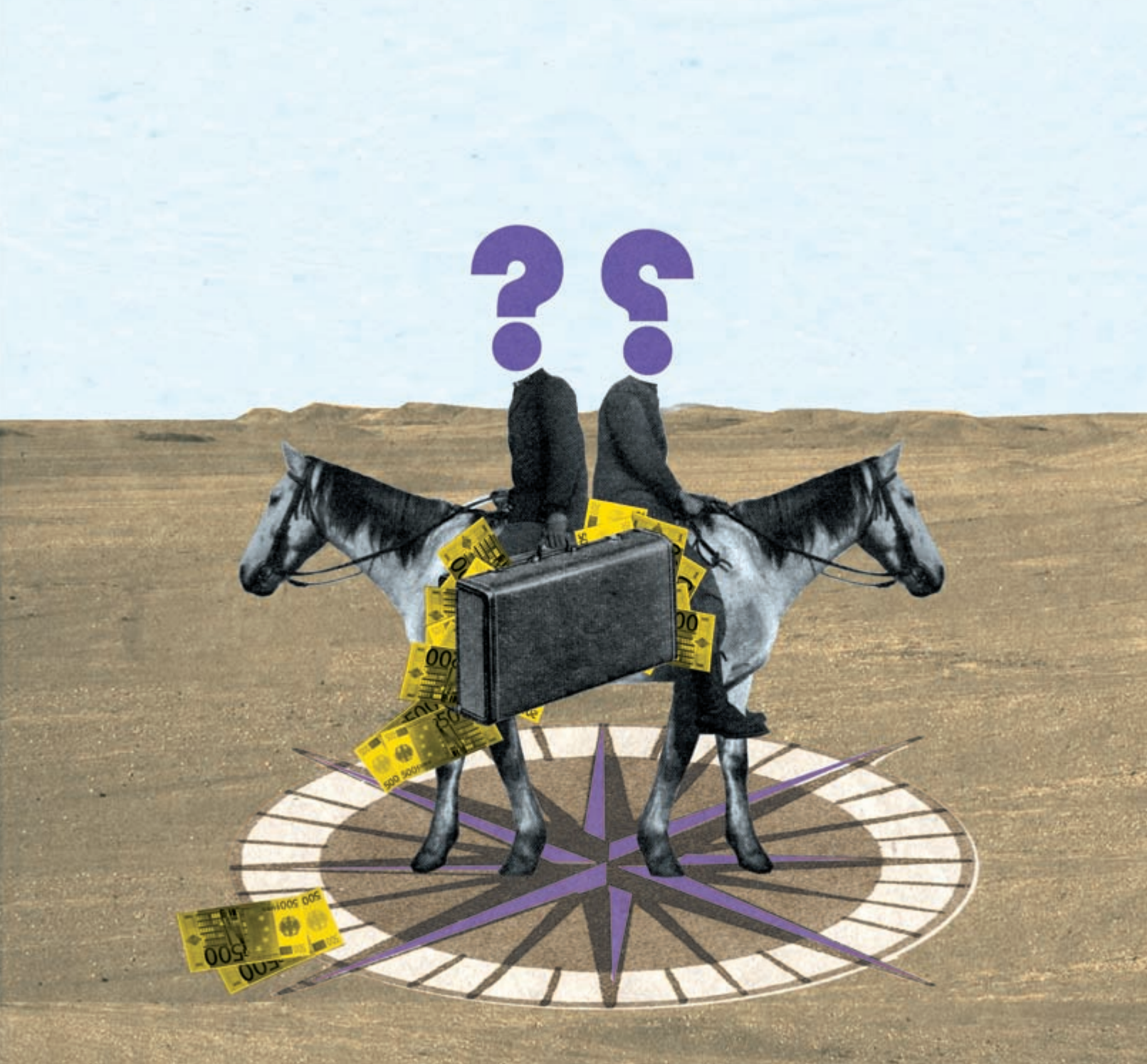
Über das gesamte Geld kann nur sofort verfügen, wer mit 18 Jahren studiert, eine Ausbildung macht oder sie bereits abgeschlossen hat. Alle anderen erhalten so lange nur die Zinsen, bis sie ein Studium oder eine Ausbildung beginnen. Mit 21 Jahren hat dann jeder Zugang zu seinem Konto, der eine Ausbildung oder das Abitur nachweisen kann.

Wie soll der Staat das Geld aufbringen? In der Teilhabegesellschaft könnten einige staatliche Hilfen teilweise oder ganz eingespart werden: 1,1 Mil-

liarden Euro Ausbildungsförderung, 1,1 Milliarden Euro Förderungen durch die Bundesanstalt für Arbeit, 3,4 Milliarden Euro Kindergeld, das jetzt für über 18-Jährige gezahlt wird, rund eine Milliarde Euro Förderungen wie die Eigenheimzulage, eine Milliarde Euro Wohngeld, 1,9 Milliarden Euro Sozialhilfe sowie 1,7 Milliarden Euro Arbeitslosengeld II. Auch 11,4 Milliarden Euro Hochschulfinanzierung würden wegfallen, denn zum Modell gehört die Einführung von Studiengebühren. Diese Einsparungen summieren sich auf 22,6 Milliarden Euro. Bleiben noch 32,9 Milliarden Euro. Die sollen über die Vermögenssteuer aufgebracht werden. Denn würden reiche Menschen in Deutschland so viel Vermögenssteuer zahlen wie im Durchschnitt der OECD-Länder üblich, würde der Staat rund 30 Milliarden Euro mehr einnehmen – also fast die ganze dann noch benötigte Summe.

Langfristig soll sich die Teilhabegesellschaft selbst finanzieren, durch eine Art Geldkreislauf: Stirbt jemand, der mit 18 Jahren 60 000 Euro bekommen hat, und hinterlässt beispielsweise 100 000 Euro, fließen 60 000 Euro plus Inflationsrate in einen Fonds, seine Erben erhalten nur den Rest des Geldes. Vererbt jemand weniger als 60 000 Euro, geht die gesamte Hinterlassenschaft an den Fonds, aus dem wiederum 18-Jährige ihr Sozialgeschenk erhalten.

Theoretisch wäre die Idee realisier- und finanzierbar. Was aber, wenn man mit 18 Jahren eher an ein Auto oder eine Weltreise denkt, statt das Geld in seine Ausbildung zu investieren? Das ist den Jugendlichen grundsätzlich erlaubt, auch wenn sich



Maschke nachhaltigere Investitionen wünscht. Jeder müsste zwei Beratungsgespräche führen: eines zum 18. Geburtstag, wenn der Jugendliche seinen ersten Kontoauszug erhält, und eines zum 21. Geburtstag, wenn die ganze Summe für ihn frei zugänglich ist. Maschke sagt: „Da sind auch die Schulen und die Eltern gefragt. In der Schule muss ein Wirtschaftsbewusstsein gefördert werden. Und die Eltern werden sich wohl klar darüber sein, dass sie so viel Energie wie nur möglich in die Bildungsabschlüsse ihrer Kinder stecken.“

Die Idee brauche schon noch etwas Zeit, sagt Maschke, denn „dass unser Leben mit Eigenleistung zusammenhängt, muss sich erst in den Köpfen der Menschen festsetzen“. Außerdem müsse erst ein neues Verhältnis zwischen Bürgern und Sozialstaat entstehen. Er hofft, dass der Charme, den er schon in diesem Modell sieht, auch die Menschen überzeugt: die Verknüpfung der uralten linken Idee einer Vermögensumverteilung mit dem Recht der Bürger, am Markt teilzunehmen. Robin Hood plus Liberalismus. Politiker haben auf die Idee der „Teilhabe-

gesellschaft“ bisher nicht reagiert. Nur auf www.direktzurkanzlerin.de antworten Angela Merkels Mitarbeiter vom Presse- und Informationsamt auf die Frage einer 24-Jährigen, ob die Idee von der Teilhabegesellschaft nicht ein kluger Vorschlag sei. Das heutige BAföG, heißt es in der Antwort, verfolge schon dieselbe Idee, nämlich allen Jugendlichen die gleichen Chancen zu bieten. Ansonsten sei das eine Idee, „die zwar einfach klingt, die aber – wie viele scheinbar einfache Ideen – grundsätzliche wie praktische Pferdefüße hat“.

Viel hilft viel

Die Berliner „Bewegungsstiftung“ verbindet reiche Erben,
Atomkraftgegner und Hartz-IV-Empfänger.

Text: Christoph Leischwitz

Felix Kolb kommt aus einem gutbürgerlichen Haus. Geld, sagt er, sei einfach immer da gewesen, nichts, worüber er sich Gedanken machen musste. Das änderte sich, als der heute 33-Jährige in der Schulzeit politisch aktiv wurde. „Politische Arbeit kostet Geld, und es war für mich eine neue Erfahrung: dass etwas an Geld scheitern kann“, sagt er. Seitdem war er stets auf der Suche nach Geld für die gute Sache – seine Eltern waren eher zurückhaltend darin, ihren Sohn dabei finanziell zu unterstützen. Kolb gehörte zu den Mitgründern von Attac, war ihr Sprecher. Im Umfeld von Attac war es auch, wo sich junge, reiche Erben zusammenfanden, die ihr Geld nicht nur für den eigenen Gewinn, sondern für Reformen arbeiten lassen wollten. Daher gründeten sie die „Bewegungsstiftung“. Felix Kolb war einer von ihnen.

Berlin, Karl-Marx-Allee, Ecke Straße der Pariser Kommune. Bei Anne Alex wird heute zwischen 10 und 13 Uhr das Telefon viermal klingeln. Sie sitzt am Informationstelefon eines Aktionsbündnisses, das sich gegen Hartz-IV-bedingte Zwangsumzüge einsetzt. Bei den ersten beiden Anrufen geht es um Mietsteigerungen, beim dritten darum, ob man als Hartz-IV-Empfänger in eine Wohnung ziehen darf, die teurer ist als 360 Euro, warm. Darf man nicht. Eigentlich.

Empfänger von Hartz IV, 220 000 leben in Berlin, bekommen monatlich 345 Euro vom Jobcenter ausbezahlt. Darüber hinaus wird ihre Wohnungsmiete übernommen, allerdings nur bis zu einem bestimmten Betrag. Für eine Einzelperson sind das 360 Euro, egal ob in

Hamburg-Blankenese oder in Zwiesel. Steigt die Miete, etwa wegen höherer Energie- und damit Nebenkosten, auf zum Beispiel 400 Euro, muss der Hartz-IV-Empfänger die Differenz von 40 Euro selbst zahlen, und zwar von den 345 Euro, die er zum Leben hat. Schafft er das nicht, muss er eine billigere Wohnung suchen – ein Zwangsumzug.

In Berlin ist die „Kampagne gegen Zwangsumzüge“ auf mindestens acht Fälle gestoßen, in denen ein Hartz-IV-Empfänger umziehen musste, wobei die Frage offen bleibt, wie viel in den Einzelfällen Zwang war und wie viel Perspektivlosigkeit. Das ist eine von vielen rechtlichen Grauzonen. Licht in dieses Grau zu bringen ist schwer. Hartz-IV-Empfänger haben keine Lobby und wenig Geld. Keine gute Basis, um sich mit dem Staat anzulegen. Die Umzüge könnten sich bald häufen – in Berlin sind die Energiekosten gerade erheblich gestiegen.

„Viele sind ganz gut informiert, aber sie wissen nicht, wie sie reagieren sollen, wenn ein Brief kommt“, sagt Anne Alex: ein Brief vom Jobcenter, in dem die Behörden beispielsweise regelmäßig wissen wollen, ob alle Regeln eingehalten werden. Was kostet die Wohnung genau? Und warum? Die Betroffenen wissen oft nicht, wie sie reagieren sollen. Müssen sie sofort ausziehen, wenn die Mieten steigen und sie kein Geld haben, die Differenz aufzufangen? Untermieter aufnehmen? In dieser Situation versuche die „Kampagne gegen Zwangsumzüge“ mit Informationen, etwa über Härtefallregelungen, zu helfen. Sie haben einen Werbespot gedreht, der in Berliner Kinos lief, sie haben frühmorgens

bei Beamten geklingelt, um zu fragen, ob sie allein wohnen oder Mitbewohner haben oder einen Partner. Normalerweise klingeln die Beamten unangemeldet bei Hartz-IV-Empfängern, um diese Fragen zu klären.

Die Kampagne arbeitet ehrenamtlich, deshalb darf es keine echte Beratungsstelle sein. Und deshalb gibt es auch kein echtes Büro, das würde zu viel Geld kosten. Lange Zeit war ein Café in Uni-Nähe der Haupttreffpunkt. Aber dort ist es für die Gruppe auch immer schwieriger geworden, eine Reservierung zu machen. Warum, das weiß bei der Kampagne niemand so genau.

Felix Kolb hat da eine Vermutung. „Sie sitzen stundenlang am Tisch und bestellen nichts“, sagt er. Sie hätten ja kein Geld. Hier wird die Bewegungsstiftung wichtig. Denn die hat Geld, eine Menge sogar. 62 Geldgeber aus Deutschland, Österreich und der Schweiz haben die Stiftung mit momentan rund zwei Millionen Euro ausgestattet. Einige der Stifter wollen anonym bleiben, denn sie tragen bekannte Namen. Doch gibt es auch andere. Ein Arbeitsloser aus Bremen zum Beispiel. Er hat zwar keinen Job mehr, aber noch Geld übrig. Als möglicher Hartz-IV-Empfänger darf er es aber nicht haben. „Bevor er es verprasst, dachte er sich wohl, gibt er es lieber uns“, sagt Kolb. „Wir schauen auch nicht so sehr darauf, woher das Geld kommt. Aber unser Geld soll gute Sachen tun“, sagt Kolb.

Die Stiftung legt das gestiftete Geld in ökologischen und sozialen Fonds und Aktien an. Von den Zinsen werden gesellschaftskritische und ökologische Projekte gefördert, die Anti-Atomkraftbewegung zum Beispiel, eine

Kampagne für Kriegsdienstverweigerer in der Türkei oder eben das Aktionsbündnis in Berlin. Die Kampagne bekommt im laufenden Jahr 5000 Euro.

Als Stiftungsziel gibt die Bewegungsstiftung an, durch die Unterstützung sozialer Bewegungen „politischen Wandel aktiv zu gestalten“. Denn die zunehmende Ungleichverteilung finanzieller Mittel in der Gesellschaft stehe in einem wachsenden Spannungsverhältnis zum Prinzip politischer Gleichheit. „Wir wollen“, sagt Kolb „mit Förderungen darauf aufmerksam machen: Da und dort ist eine Riesenschweinerei passiert.“ Die Berliner Kampagne erscheint ihnen deshalb auch förderungswürdig. Wer redet schon darüber, wie es Hartz-IV-Empfängern ergeht? Die Mitglieder der Kampagne glauben, sie würden im nächsten Jahr vielleicht kein Geld mehr bekommen von der Stiftung. „So eine Gruppe muss ja bestimmte Auflagen erfüllen und Strukturen schaffen, das können wir als Ehrenamtliche gar nicht“, sagt Alex.

Die Stiftung sieht das womöglich anders. Zum einen können nicht an jede Gruppe die gleichen Anforderungen gestellt werden, sagt Kolb. Zum anderen soll Öffentlichkeit hergestellt werden, um auf soziale Missstände aufmerksam zu machen. „Wo zu viel Ungleichheit herrscht, da werden wir tätig“, so formuliert es Kolb.

Da hat das Berliner Aktionsbündnis vielleicht schon mehr bewirkt, als es sich selbst bewusst ist. Der vierte Anruf, den Anne Alex am Tag ihres Telefondienstes erhält, kommt von der ARD.



www.bewegungsstiftung.de

www.gegen-zwangsumzuege.de



Schicht im Schacht

„Unterschicht“, „Prekariat“, „sozial Abgehängte“ – zuletzt war viel die Rede von Menschen, die nicht mehr mithalten können. Kehrt die Klassengesellschaft zurück?

Interview: Bastian Obermayer Illustration: Marc Herold

Herr Berger, wie sehr bestimmt in Deutschland die soziale Herkunft die Aussichten auf Bildung, Ausbildung, Arbeitsplatz und Karriere?

In einem erstaunlich hohen Maße, vor allem im internationalen Vergleich. Laut PISA-Studie hat ein 15-jähriges Oberschichtenkind in Deutschland eine rund viermal größere Chance, das Gymnasium zu besuchen und das Abitur zu machen, als ein Facharbeiterkind. Dies aber bei gleicher Intelligenz und Lernbereitschaft. Schlechter schneiden nur noch Ungarn und Belgien ab.

Wie kommt es zu diesem Zustand?

Das hat sehr viel mit der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems zu tun, also Hauptschule, Realschule und Gymnasium, das als Status-konservierendes System angelegt ist. Es ist kein Zufall, dass wir unsere Gesellschaft in drei Gruppen teilen, in Ober-, Mittel- und Unterschicht, und diese Aufteilung im Schulsystem wiederfinden. Das frühe Sortieren im deutschen Bildungssystem ist ein großes Problem und eine der Ursachen für die festgestellten Chancenungleichheiten.

Wieso eigentlich? Es gilt doch für alle!

Schon, aber wir wissen durch Studien, dass Eltern mit Schullaufbahnpfehlungen völlig unterschiedlich umgehen. Eltern aus der Arbeiterschicht akzeptieren viel eher, dass ihr Kind nicht aufs Gymnasium soll. Eltern aus oberen Bildungsschichten ignorieren oft den Ratschlag der Lehrer und tun alles in ihrer Macht Stehende, um ihr Kind eben doch aufs Gymnasium zu schicken.

Sind wir auf dem Weg zurück in eine Gesellschaft, in der die Geburt über die Stellung in der Gesellschaft entscheidet?

Es hat sich ja einiges geändert im Vergleich zu den Fünfziger- oder Sechzigerjahren, als die Bildungsexpansion zum ersten Mal richtig diskutiert wurde und man begann, das Sys-

tem für alle zu öffnen. Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem „Bürgerrecht auf Bildung“ wurde damals gerne die Figur der katholischen Arbeiterin vom Lande zitiert, die gleiche Chancen auf Bildung haben müsse. In dieser Figur bündelten sich viele Faktoren der Benachteiligung im Bildungssystem. Heute spielt Religion kaum noch eine Rolle ebenso wie das Geschlecht und die Unterscheidung zwischen Stadt und Land. Aber die soziale Herkunft eben schon.

Warum ist das so?

Einerseits leben wir in einer Leistungsgesellschaft, andererseits gibt es nach wie vor Mechanismen, durch die überkommene soziale Ungleichheit konserviert wird. Aber dieses Spannungsverhältnis findet man in allen modernen Gesellschaften.

Welche Mechanismen meinen Sie?

Vor allem die Vererbung im weitesten Sinne des Wortes, also die Weitergabe von Kapitalvermögen und Eigentum, aber auch von erworbenem kulturellem Kapital, Fähigkeiten und Fertigkeiten. In der Regel passiert das in Familien und führt zu einem Startvorteil für Kinder aus privilegierten Schichten. Das kann das schiere Vorhandensein von Büchern sein, aber auch die Wertschätzung von Bildung oder die Bereitschaft zu diskutieren. Andersherum: Wenn die Förderung im Elternhaus geringer ist, sind zum Beispiel die Sprachkompetenzen schlechter ausgebildet.

Die Benachteiligten werden benachteiligt und die Bevorzugten bevorzugt?

So könnte man das formulieren; es handelt sich um selbstverstärkende Mechanismen. Das Prinzip der Ungleichheit folgt leider oft dem Bild, das man als Matthäus-Prinzip aus der Bibel kennt: Wer hat, dem wird gegeben, auf dass er in Fülle habe. Die sozial starken Schichten können mehr Wissen und Kompetenzen an ihre Kinder weitergeben und

deren sozialen Status somit zumindest sichern, wenn nicht verbessern.

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung fühlen sich immer mehr Deutsche sozial abgehängt, im Moment rund acht Prozent. Funktioniert eine Gesellschaft noch, in der eine Gruppe keine Chance mehr sieht, durch Bildung und Leistung aufzusteigen?

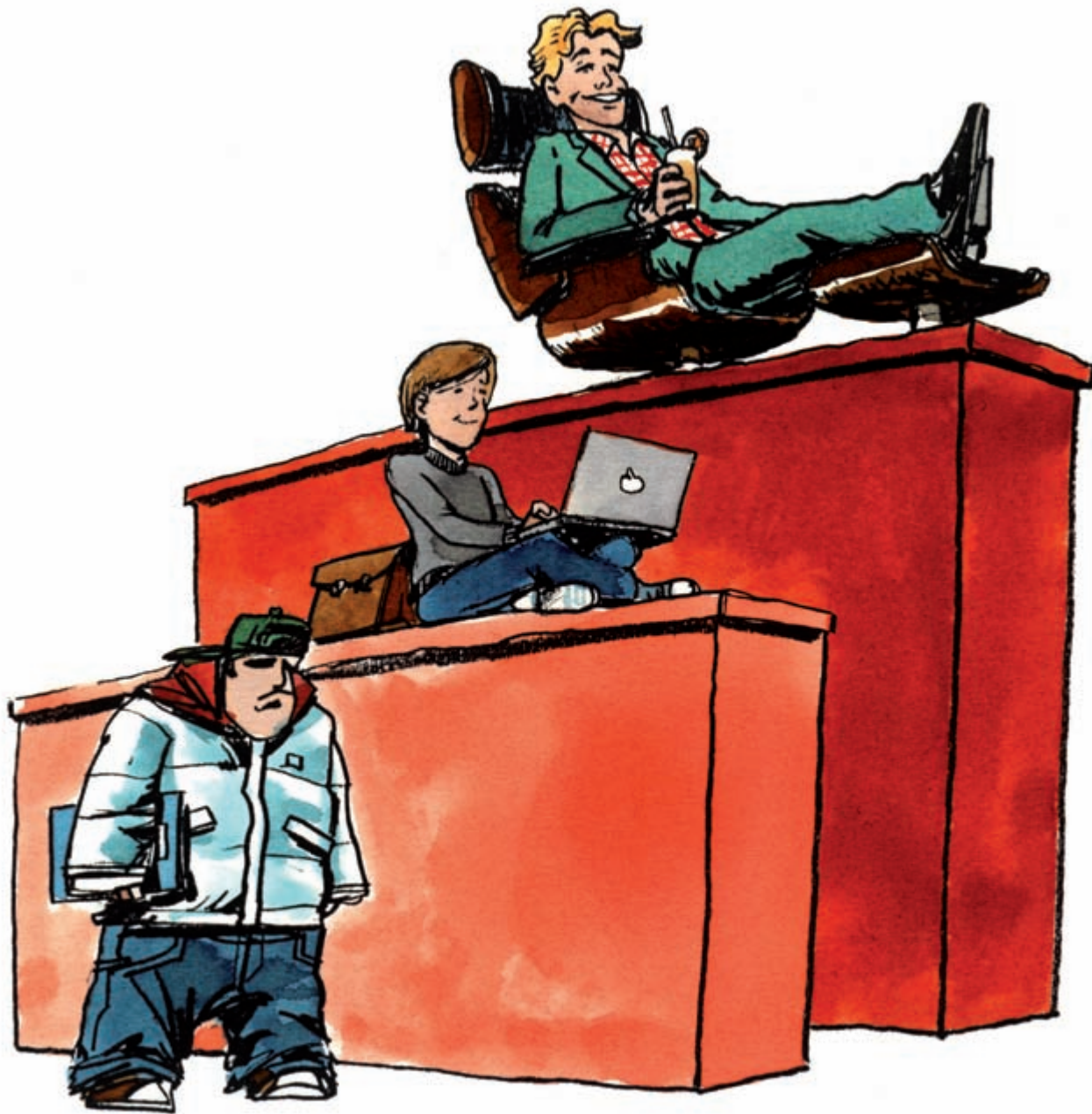
Wenn sich die Erfahrungen häufen, dass der Aufstieg aufgrund von Leistung und Bildung nicht gelingt, obwohl das versprochen wurde, wird das Leistungsprinzip natürlich zunehmend in Frage gestellt werden. Das kann man nun tatsächlich bei manchen Gruppen von Jugendlichen feststellen: den Glauben, dass man sowieso keine Chance hat in diesem Land. Das ist dramatisch. Das kann man auch nicht wegleugnen. Ob sie tatsächlich abgehängt sind, können diese jungen Menschen natürlich nicht wirklich beurteilen, die haben das ja erst vor sich. Aber wenn die soziale Mobilität fehlt, ist das ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem.

Wie kann man verhindern, dass sich eine Schicht der Frustrierten bildet?

Sofern diese Schicht tatsächlich aus jüngeren Leuten besteht: ihnen Chancen und Möglichkeiten geben, im Sinne durchdachter Qualifizierungsmaßnahmen. Das muss damit verbunden sein, dass Arbeitsplätze geschaffen und Betriebe angesiedelt werden, gerade im Osten. Sonst hat es keinen Sinn. Arbeitslosengeld ist wichtig, als Grundsicherung. Aber es muss eine Perspektive vorhanden sein, um Resignation vorzubeugen und Motivation und Engagement zu forcieren.

Wie könnte man wieder größere Chancengleichheit schaffen?

Erstens muss nach wie vor möglichst viel und breit in die Bildung investiert werden, in allen Bereichen. Da hat Deutschland im inter-



nationalen Vergleich noch Nachholbedarf. Zweitens müssen Strukturen geändert werden. Man sollte sehr ernsthaft über die Einführung von Gesamtschulen nachdenken, längeres gemeinsames Lernen und spätere Selektion wären anzustreben.

Auch stärkere vorschulische Förderung?

Das wäre zweifellos genauso sinnvoll. In diesem Zusammenhang sollte man fragen: Ist es nicht merkwürdig, dass wir in der vorschulischen Erziehung, bei Kindergärten und in der Betreuung, den Eltern Geld abverlangen, während an den Universitäten, wo sich meist die Privilegierten aufhalten, Bildung noch immer zum Teil kostenlos zur Verfügung steht? Vielleicht wäre das andersrum besser.

Müssen wir uns von dem Gedanken verabschieden, irgendwann echte Chancengleichheit zu erreichen?

Gleiche Lebensbedingungen für alle sind vielleicht eine Illusion. Wir müssen aber versuchen, uns der Chancengleichheit oder, besser noch, der Chancengerechtigkeit graduell anzunähern. Und wir können mehr erreichen, da bin ich mir ganz sicher.



***Peter A. Berger**, 51, ist Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Rostock. Zu seinen Arbeits- und Forschungsschwerpunkten zählt die „soziale Ungleichheit“. In der bpb-Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte veröffentlichte er 2005: Deutsche Ungleichheiten – eine Skizze (Nr. 37/2005).*



Die Hausaufgabe

In den Achtzigerjahren war Gorbitz eine Verheißung. Heute ist es das größte Plattenbauviertel Dresdens und braucht dringend neue Bewohner. Ein Spaziergang.

Text: Daniel Völzke Fotos: Peter Langer



Irgendwo zwischen den Plattenbauten hat ein Stadtplaner diesen terrassenartigen Platz anlegen lassen. Wacklige Röhren stehen in der Mitte, wie Fernrohre. Wenn man durchschaut, sieht man die Häuser von Gorbitz, die Balkone, die Wohnungen und Leben der Nachbarn. Die Steine, die den schmutziggrünen Flecken begrenzen, sind zu Wörtern gefügt. „Fragment“ ist eines, daneben „Identität“ und „Standpunkt“.

Unten im Elbtal, in der Innenstadt von Dresden, redet man nicht gut über Gorbitz. In den Kneipen des Szeneviertels Neustadt sitzen die Studenten und Kreativen in kuscheligem DDR-Retroambiente und erzählen sich schaurige Geschichten über das größte Neubaugebiet der sächsischen Landeshauptstadt. Jemand hat kurz dort gewohnt, berichtet lange von rechtsradikalen Nachbarn und „Kaputtniks“. Auch in Internetforen werden Erstsemester davor gewarnt, nach Gorbitz zu ziehen, weil dort nur „Russen, Nazis und ALG-II-Empfänger wohnen“.

Nein, eigentlich sei es doch hier in Gorbitz ganz schön, sagt die junge Türkin, die ihren Kinderwagen am Fernrohrplatz vorbeischiebt, als man sie fragt, wie es ihr hier gefalle. Die Bewohner der Plattenbauten, die unten am Hang stehen – also näher an der Altstadt –, sagen, die „Assis“ leben weiter oben, rund um das „Gorbitz Center“ mit seinen Ramschläden und Discountern. Dort oben in den noch unsanierten Häusern sagen sie, das Ghetto fange eine Straße weiter an. Eine Straße weiter zeigen sie auf die nächste Straße.

Sicher: Hier, am Westrand der Elbstadt, ist es vorbei mit Dresdens Barock, italienischer Eleganz und Touristenströmen. Kieselsteinwaschbeton statt Sandsteinherrlichkeit. Es stimmt: Hier wohnen viele Arbeitslose und deutsch-russische Spätaussiedler. Aber was heißt das schon? Wie ein Ghetto wirkt das Viertel jedenfalls nicht. Eher kleinbürgerlich. Bieder. Auf den Balkonen Deutschlandfahnen, Hirschgeweihe, riesige geschnitzte Thermometer. Das soziale Klima: kühl, aber unauffällig. Nur selten lungert jemand draußen herum, meist ist es dafür auch zu zugig zwischen den Blocks. Autos mit verdunkelten Scheiben, hinter denen zähe Bässe wummern, fahren durch die Straßen. Hier und dort sieht man Liebesbezeugungen für den Regionalligisten Dynamo Dresden, manchmal zusammen mit dem Wort „Hools“. Die Dresdner Polizei sagt, dass sich die Sicherheitslage in Gorbitz nicht von der in der restlichen Stadt unterscheidet.

Das Problem hier ist weniger Gewalt als Langeweile. Die Monotonie der ewig gleichen Sechsgeschosser, zwischendrin mal vier Hochhäuser, eine Schwimmhalle, ein mäßig besuchter Klub. Die Langeweile vieler Bewohner, die hier nur schlafen und fernsehen wollen. Ausnahmslos alle, die man fragt, warum sie hier wohnen, antworten: weil es so schön ruhig ist. Doch diese Ruhe hat etwas Ge-



Das gleiche Zimmer, mal bewohnt, mal verlassen. In Gorbitz sollten ursprünglich 45 000 Menschen leben.

spenstisches. Die Betreuer in den drei Jugendklubs erzählen von vernachlässigten Kindern, die oft hungrig ins Haus kommen, bis abends um neun bleiben und deren Eltern sich nie sehen lassen.

Auch Jürgen Czytrich hat nichts gegen Ruhe, aber ihm wird es doch langsam unheimlich: „Das Viertel steht auf der Kippe“, sagt der ehemalige Bibliothekar. Er wohnt selbst in Gorbitz, ab und an führt der 46-Jährige Besucher durch das Quartier. Er zeigt den Leerstand, der sich durch die Häuser frisst, die Klingelbretter an manchen Aufgängen, auf denen nur noch zwei statt zwölf Namen stehen. Ständig verschwinden ganze Häuserzeilen. Wie in einem Tetrispiel macht es „puff“ – und weg sind sie. Wo vor zehn Jahren noch Leben war, stand vor vier Wochen ein Riegel mit 420 verwaisten Wohnungen – drum herum ein schweres Gerät, das an den Mauern bohrte und auf sie einhämmerte wie riesige Eisenpechte. Heute schon werkeln kleine Gartenmaschinen auf neu entstandener Brache, planieren und pflanzen. Morgen sitzen hier Senioren auf Bänken. Wenn es so weitergeht, werden nie Studenten hier wohnen, keine Akademiker, keine Künstler, befürchtet Czytrich.

Früher, Anfang der Achtzigerjahre, als die Wohnkästen auf diesen sumpfigen Hang gesetzt wurden, war Gorbitz in der unter Wohnungsknappheit leidenden DDR eine Verheißung: Warmwasser, Fernheizung, Kaufhallen. Auch wenn die ersten Bewohner nur in Gummistiefeln zum Bus laufen konnten, weil es noch keine Wege gab. Die Kräne setz-

*WENN SANIERT WIRD,
DANN MEIST NUR QUADRATISCH,
PRAKTISCH, GUT.*

ten, Jahre nachdem die ersten Bauabschnitte fertig waren, immer wieder neue sozialistische Wohnträume von Gleichheit und Brüderlichkeit zusammen. Platte um Platte, Modul um Modul. Im Fernsehen wurden die feierlichen Schlüsselübergaben gezeigt. Zwar gab es schon früh Spott über die „Wohnsilos“, „Fickzellen mit Fernheizung“ (so der Dichter Heiner Müller) oder „Arbeiterschließfächer“ – doch vom Professor über das Studentenpärchen bis zum Facharbeiter lebte hier ein bunter Querschnitt der Bevölkerung. Für 45 000 Bewohner war die Stadt an der Stadt geplant.

Heute wohnen hier weniger als die Hälfte. Wer es sich leisten kann, ist längst weggezogen: in die gemütliche Neustadt, ins Grüne oder in den Westen. Einst sahen die Gorbitzer Häuser alle gleich aus, grau und weinrot, Typ WBS 70 (WBS für „Wohnungsbauserie“). Inzwischen sind die sanierten Blocks in Pastell getaucht, unterscheiden sich in Nuancen – nur findet man bei den Bewohnern längst nicht mehr alle Berufe und Interessen.

Jürgen Czytrich bleibt hier. Er ist zuversichtlich: Wenn man es nur richtig anstellt, kommen die Leute zurück. Deshalb zeigt er den Teilnehmern der Führung am liebsten die „Kräutersiedlung“ in Gorbitz-Süd. Hier wurden Sechsgeschosser zu Mehrfamilienhäusern mit neuen, großen Balkonen und Vorgärten umgebaut. Bruchstein abgetragener Häuser ist zu Schallschutzwänden und Kletterfelsen aufgetürmt – ein kleiner Triumph über die Altlasten, über Geschichte. „Man muss sich eben eine Platte machen“, meint Czytrich und grinst über sein Wortspiel. „Doch wenn saniert wird, dann meist nur noch quadratisch, praktisch, gut.“

Der umtriebige Bewohner gründete nach der Wende einen „Verein für Lebenskultur und

„WENN ICH MEHR GELD
HÄTTE, WÜRDTE ICH NICHT
HIER EINZIEHEN.“



Stefan und Thomas sind Zwillinge – in Gorbitz geboren und nun auch wieder da zu Hause.

Gemeinsinn“. In einer Schule, die schon dem Abriss geweiht ist, organisieren die Mitglieder eine Laborschule und soziokulturelle Projekte. Hier probt die Seniorentheatergruppe „Ohne Verfallsdatum“ für die Aufführung ihres neuen Stücks, *Hochhausgeschichten*. Darin geht es um ehemalige Nachbarn, die in den Westen gegangen sind und nun Heimweh haben.

Geborgenheit im Beton war möglich. Das wissen auch die Zwillinge Stefan und Thomas. Die Brüder sind exakt so alt wie Gorbitz, 1982 geboren. Wenn sie von der Siedlung erzählen, dann erzählen sie von einem Zuhause. Zu Hause, das war der Geruch von Linoleum im Hausflur, das waren die Blicke in gegenüberliegende Fenster, die nachmittäglichen Fußballspiele zwischen den Wäscheständern, der Wind, der leise durch die Fugen pfliff. Dann der Zusammenhalt: Feten im Trockenkeller, Grillen auf den Höfen, Arbeitseinsätze.

Anfang der Neunzigerjahre, als das Viertel endlich fertig gebaut war, sind die Nachbarn und Freunde plötzlich weggezogen. Stefan und Thomas verstanden das nicht: „Warum sollte das Leben hier auf einmal schlecht

sein?“ Später haben auch sie in anderen Stadtteilen gewohnt. Nun, am Beginn ihres Studiums, kehren sie wieder zurück – in eine Vier-Raum-Wohnung, die genauso geschnitten ist wie ihr damaliges Heim. 74 Quadratmeter Erinnerung für 100 Euro Kaltmiete. Die Wohnungsbaugesellschaften haben für Studenten Sondertarife eingeführt. Manchmal bekommt man obendrauf kostenlos Internet aus der Steckdose.

Bei der Übergabe schreiten Thomas und Stefan die Wohnung ab, erzählen davon, wie es damals aussah und was sie nun anders machen wollen. Das Zimmer, in dem Stefan wohnte, bezieht nun Thomas, dessen Zimmer wird Abstellraum. Er zeigt auf die Heizung, die Stefan anbrüllte, wenn er sich mit seinem Kumpel verabreden wollte, der eine Etage über ihnen wohnte. Die Rohre trugen Stefans Stimme durchs ganze Haus.

Früher sah es bei Verwandten und Freunden überall genauso aus, die gleichen Möbel am gleichen Ort, die Eckcouch rechts im Wohnzimmer, der Esstisch links in Küchennähe. Die Geschwister wollen es auch so machen, das Sofa in ihrer eigenen neuen Wohnung ist sogar das alte der Eltern. Heute unterschei-

den sich die Wohnungen: Bei den wenigen jungen Paaren ist die Einrichtung meist mehr oder weniger zusammengewürfelt, bei Älteren schaut es oft gediegen aus wie in einer Bauernkate. Sobald die Kinder aus dem Haus sind, schneiden sich viele einfach Durchgänge in die Wände, um dem Grundrissfluch zu entkommen.

Stefan und Thomas werden lange brauchen, die marode Wohnung zu renovieren. Doch an Verfall haben sich die Zwillinge gewöhnt. Wenn sie zum Beispiel bei ihrer alten Schule vorbeischaun wollen, finden sie die schon seit einiger Zeit mit Brettern vernagelt. Auch hier in ihrem neuen Zuhause werden sie gegenüber in gardinenlose Fenster schauen, in denen Abend für Abend kein Licht aufgeht. „Das ist schon manchmal deprimierend“, findet Thomas und blickt nach draußen. Da unten duckt sich eine ehemalige Kaufhalle zwischen den Blocks und wartet auf den Abrissbagger. Jemand führt seinen müden Hund langsam um einen riesigen Strommast herum. Dann auf einmal sagt Thomas etwas, das ihn vielleicht selber überrascht: „Wenn ich mehr Geld hätte, würde ich nicht hier einziehen.“ ●

Leben auf Bewährung

Weil er im Irak ermordet werden sollte, floh Faruk nach Deutschland. Hier ist er jetzt sicher – zumindest solange er nicht abgeschoben wird.

Text: Meredith Haaf Foto: Simon Koy



Irgendwann hat der Fahrer zwei von uns rausgeworfen“, erzählt Faruk und wedelt die Geste mit der Hand nach, „du und du, ihr steigt aus, ihr seid jetzt in München, hat er gesagt.“ Dann stand Faruk auf der Straße. Wie lange er mit zehn anderen Menschen zuvor unter der Plane des Lasters im Dunkeln gesessen hatte, weiß er nicht mehr. 14 Jahre war er damals alt, sprach einen kurdischen Dialekt und ein bisschen Arabisch. Eine Schule hatte er seit Jahren nicht mehr besucht.

Faruk ist, was Flüchtlingshelfer einen UMF nennen: ein Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtling. In Deutschland leben nach Schätzung des Bundesfachverbands für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (BUMF) etwa 5000 Jugendliche wie er. Sie kommen vor allem aus Afghanistan oder Westafrika und haben zwei Dinge gemeinsam: In ihrer Heimat waren sie nicht sicher. Und sie sind ohne Eltern nach Deutschland gekommen, weil die nicht in der Lage waren, sie zu schützen.

Oder weil sie nicht mehr leben. So wie bei Faruk. Er gehört zu der winzigen Minderheit der jesidischen Kurden. Seine Familie lebte im Norden des Irak, in der Nähe von Mosul. Faruks Vater zählte 2003 zu den ersten Opfern des Rachefeldzugs gegen die Anhänger Saddam Husseins. Der Funktionär der Baath-Partei wurde von Unbekannten ermordet, „wahrscheinlich waren es islamische Terroristen“, vermutet Faruk. Er wird unsicher, spricht in unpersönlichen Phrasen, wenn er von dem Tod seiner Familie erzählen soll. Fast wirkt es, als wäre seine eigene Vergangenheit für ihn nur noch eine Geschichte, die man anderen Menschen erzählt. Ein halbes Jahr später starb auch Faruks Mutter, und der Junge kam bei Bekannten unter. Sein älterer Bruder war schon Jahre zuvor nach Deutschland gegangen, jetzt suchten die Männer nach dem anderen Sohn der Familie. „Du kannst hier nicht mehr bleiben“, sagten ihm seine Bekannten und bezahlten einen Schleuser, der Faruk in einem Lastwagen erst nach Istanbul brachte, dann nach München.

Hier lebt er jetzt seit August 2004 und wohnt mittlerweile in einer betreuten Wohngemeinschaft der Jugendhilfe. „Nach zwei Monaten im Heim bekam ich einen Brief, in dem stand, dass ich jetzt einen Vormund habe“, sagt Faruk: Isabella Deck vom Katholischen Jugendsozialwerk kümmert sich um ihn und 31 andere junge Flüchtlinge. Für Faruk stellt sie die vielen Anträge: Geld, medizinische Versorgung, einen Platz an der Volkshochschule. Sie begleitete ihn auch zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der ersten Station für Asylbewerber nach dem Aufnahmeverfahren. Dort entscheidet ein Beamter nach einer Anhörung, ob dem Antrag auf Asyl stattgegeben wird. Falls ja, bedeutet das zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Gegen einen negativen Bescheid kann der Flüchtling beim Verwal-

FARUK KANN NUR VERSUCHEN, IMMER EINEN GUTEN EINDRUCK ZU MACHEN.

tungsgericht klagen. Wird die Klage abgewiesen, wird im Normalfall eine Duldung erteilt: Der Flüchtling ist ausreisepflichtig, er kann grundsätzlich immer abgeschoben werden.

Faruk wird in Deutschland geduldet. Das bedeutet, dass er sein Aufenthaltsrecht alle zwei Monate bei der Ausländerbehörde neu beantragen muss. Außerdem darf er Bayern ohne Genehmigung nicht verlassen. Trotz dieser Einschränkungen beklagt er sich kaum. „Nur manchmal finde ich es unfair. Ich sehe meine deutschen Freunde, sie dürfen hinfahren, wo sie wollen, arbeiten, zur Schule gehen, alles kein Problem. Ich bin doch auch ein Mensch.“ Doch eigentlich, sagt er, sei er sehr zufrieden mit seinem Leben. Er hat hier seinen großen Bruder, der sich um ihn kümmert und ihm schicke Klamotten kauft. Und er hat Freunde: „Viele Deutsche, vor allem aus dem Fußballverein.“ Von den anderen Irakern hält er sich lieber fern, „mit denen gibt es zu viel Ärger. Aber ich kenne Türken, Italiener, Albaner: Es ist toll, wie viele unterschiedliche

Menschen hier leben.“ Tagsüber lernt er an der Volkshochschule für den qualifizierten Hauptschulabschluss, dann spielt er in der Abwehr eines Münchner Fußballvereins oder geht in seinen Hip-Hop-Tanzkurs. „Ich will jetzt meinen Abschluss schaffen und dann eine Ausbildung anfangen“, sagt er. Doch die Hürden sind für ihn noch höher als für einen gewöhnlichen Lehrstellenbewerber: Ausländer mit Duldungsstatus, die nach dem 1. Januar 2000 nach Deutschland gekommen sind, müssen erst eine Arbeitserlaubnis beantragen. Selbst wenn sie bereits ein Jobangebot haben, dürfen sie es nur annehmen, wenn es weder einen Deutschen noch einen Bürger eines anderen EU-Mitgliedsstaates für die Stelle gibt. „Nachrangigkeitsregelung“ heißt das.

Trotzdem stehen Faruks Chancen nicht schlecht – einerseits. Immerhin hatte ihm letztes Jahr ein Fahrradmechaniker schon einen Ausbildungsplatz angeboten. Faruk hatte sich Mühe gegeben: „Während meines Praktikums kam ich in der Früh immer schon 20 Minuten vor meinem Chef in die Arbeit. Ich dachte mir, wenn er sieht, dass ich fleißig bin, kann ich vielleicht eine Ausbildung machen.“ Andererseits haben die deutschen Innenminister vor Kurzem beschlossen, die ersten Abschiebungen in den Norden des Irak – Faruks Herkunftsregion – einzuleiten. Natürlich kann es noch dauern, bis Faruk dran ist. Das hängt davon ab, „wie zufrieden die Ausländerbehörde mit ihm ist“, wie Uta Rieger von der BUMF betont. Faruk kann nur versuchen, immer einen möglichst guten Eindruck zu machen – über sein Schicksal entscheiden aber letztlich andere. Ein geduldeter Ausländer hat bessere Chancen, hier bleiben zu können, wenn er arbeitet. Das möchte Faruk um jeden Preis. Fragt man ihn, wie er sich seine Zukunft im Irak vorstellt, sagt er laut: „Ich gehe nicht zurück in den Irak.“ Er schätzt sehr, was für ihn das Beste an Deutschland ist: „Hier gibt es ein Gesetz! Ich kann tanzen, Fußball spielen, lernen, Mädchen treffen. Ich bin frei.“

In Deutschland leben rund 190 000 Ausländer mit Duldungsstatus. Geduldete haben kein Recht auf Freizügigkeit. Wenn sie nicht arbeiten, erhalten sie einen abgeminderten Sozialhilfesatz nach dem Asylleistungsgesetz: wenn sie im Asylbewerberheim untergebracht sind, Essens- und Hygienepakete sowie monatlich 40 Euro in bar. Nach den Beschlüssen der Innenministerkonferenz erhalten Flüchtlinge mit Familie, die vor dem 1. Januar 2000 eingereist sind, eine befristete Arbeitserlaubnis. Wer bis zum Herbst 2007 eine Stelle hat, erhält eine Aufenthaltsgenehmigung. Für Alleinstehende gilt der 1. Januar 1998 als Stichtag. Für UMF soll es trotz einer staatlichen Verpflichtung zum besonderen Schutz des Kindes keine Sonderregelung geben.



Ellenbogen und Strafen

Das Leben als junger Mann ist nicht immer einfach.

Text: Daniel Erk

Ich stand in diesem Klub, die Musik war nicht schlecht, aber auch nicht gut. Das Mädchen aber, das da an der Wand lehnte und ständig lachte, das war wunderbar. Aber nicht nur das. Sie war, soweit ich das ohne ein gesprochenes Wort wissen konnte, auch interessiert, wenigstens ein bisschen. Zumindest schaute sie regelmäßig zu mir rüber. So stand ich da und wartete, dass irgendwas passieren würde. Vielleicht könnte sie stolpern, oder irgendjemand könnte sie bedrohen, sodass ich sie retten müsste – und sie mich lieben. Ich stand, ich wartete, schaute, lächelte. Es passierte: nichts. Es war erbärmlich. Sie verharnte an der Wand, sah mich an, lächelte. Ich seufzte und verstand. Auch wenn wir beide recht offensichtlich wollten, dass hier etwas passierte, war es wohl meine Aufgabe, den ersten Schritt zu tun. Ich war ein bisschen verärgert und ein bisschen hilflos: Vor diesen „Aufgaben eines Mannes“ hatte ich mich immer gedrückt, wo es nur ging. Mit dieser Rollenverteilung wollte ich nichts zu tun haben. Schuld an dieser Misere sind meine Eltern und ein Mädchen namens

Ulrike. Meine Eltern, weil sie mir – sicher mit besten Absichten – eine Welt vorgegaukelt hatten, in der Jungs und Mädchen gleichberechtigt sind und gleich behandelt werden. Konkret hieß das: Meine Schwester und ich bekamen keine himmelblauen und rosafarbenen Hemden, dafür beide Autos und Puppen als Spielzeug, wir hatten die gleichen Pflichten in der Küche und beim Fahrradreparieren. Außerdem war da Ulrike. Ulrike war ein Rabaukenmädchen, mit ihr konnte ich alles tun, was man sich von guten Freunden so erwartet: Fußball spielen, auf Bäume klettern, Sandburgen bauen. Wenn wir Ärger bekamen, bekamen wir ihn beide. Wenn wir etwas wollten, dann entweder beide oder keiner. Wir waren nicht nur Freunde, wir waren – bis auf Details, die in diesem Alter total irrelevant waren – gleich. Dass sie ein Mädchen war und ich ein Junge, das war egal. Ich war überzeugt, dass es so bleiben würde. Bis ich in die Schule kam. Ich war ein netter, langweiliger Junge, der seine Hausaufgaben machte und eher zurückhaltend war. Trotzdem bekam ich die volle >>



Tränen und Bier

Das Leben als junge Frau ist nicht immer einfach.

Text: Theresa Bäuerlein

Das Erste, was ich an der Universität lernte, war, dass es manchmal mehr bringt, sich wie ein Kind zu benehmen als wie eine erwachsene Frau. Ich hatte meine Unterlagen auf den letzten Drücker zusammengerafft, dass noch eine wichtige Unterschrift fehlte, merkte ich erst, als ich am Schalter des Immatrikulationsamts stand. Ich hatte keine Chance, sie noch zu bekommen. Der Beamte am Schalter ließ nicht mit sich diskutieren, schob die Zähne nach vorne und forderte mich auf, im nächsten Semester wiederzukommen. Ich war mit den Nerven am Ende, und ohne es zu wollen, fing ich zu weinen an. Meine Tränen wirkten wie ein Zauberspruch, auf einmal war alles ganz einfach. Der Beamte schaute bestürzt und haute mit fliegenden Händen Stempel auf meine Papiere. Fünf Minuten später ging ich mit dem Studentenausweis in der Hand nach Hause, heilfroh und gleichzeitig wütend. Es war nicht wirklich greifbar, aber ich hatte das Gefühl, dass wir beide – der Beamte und ich – uns falsch verhalten hatten.

Der Mann hatte ein bestimmtes Bild im Kopf: Mädchen darf man nicht weinen lassen. Denn Mädchen sind süß und unschuldig und hilflos. Ich hatte mich wie ein kleines Mädchen benommen, er hatte mich automatisch wie eines behandelt. Ich weiß es nicht sicher, aber einen heulenden Jungen hätte er wahrscheinlich einfach nach Hause geschickt.

Dass es unterschiedliche Erwartungen an Männer und Frauen gibt, hat mich bereits genervt, als ich wirklich noch ein kleines Mädchen war. Ich erinnere mich an eine Weihnachtsfeier in meiner Kindheit. Die Kollegen meines Vaters sagten, nachdem sie mich und meine Schwestern betrachtet hatten: „Hübsche Mädchen.“ Über meinen Bruder, der keineswegs hässlich war, sagten sie: „Sieht intelligent aus.“ Vielleicht sahen wir Mädchen an dem Abend dumm aus. Wahrscheinlich aber wollten die Kollegen einfach anerkennen, dass wir Kinder alle gut abschnitten – in den Bereichen, die ihrer Meinung nach für uns eine Rolle spielten. >>



*Daniel Erk, 26,
lebt und arbeitet als Journalist in Berlin.*

Breitseite der Geschlechterrollen ab: Strafarbeiten, Ermahnungen, mäßige Noten in Betragen. Ich saß in einer Bank mit Jungs, und in den Augen der Grundschullehrerin war es wohl Gleichbehandlung, dass alle Jungs die gleiche Strafarbeit bekamen. In ihrer Welt wuchsen jedem Jungen unsichtbare Teufelshörner, während über den Köpfen der Mädchen unsichtbare Heiligenscheine schwebten. Erst war ich verärgert, dann wütend. Wichtig war offenbar nicht, wer ich war, sondern allein, was ich war: ein Junge. Aus der Wut wurde Trotz: Wenn ich schon die volle Wucht der Klischees abbekam, dann wollte ich auch die Narrenfreiheiten. Ich wollte unvernünftig, vorlaut und großmütig sein und über schlechte Witze lachen, kurzum: Ich wollte mich in meine Rolle als Junge fügen.

Umso verduztter war ich, als ich Jahre später feststellte, dass nicht mehr die fleißigen, ruhigen und netten Mädchen in der allgemeinen Gunst standen, sondern ich, der Junge. Was war passiert? Nicht mein Betragen hatte sich verändert, auch nicht die Rollenbilder – sondern das Spielfeld: Statt mit Dosen auf dem Schulhof kickten wir mit Argumenten, während das fleghafte Verhalten blieb. Der Unterschied: Nun war es erwünscht. Es war in einem Seminar an der Universität und die Diskussion entwickelte sich in eine Richtung, bei der immer weniger die Sach- oder Textkenntnis gefragt war, sondern allein Selbst- und Sendungsbewusstsein.

Mit jedem Wortbeitrag stieg der Hormonspiegel der Debatte – und übrig blieben junge Männer mit weit ausgefahrenen Ellenbogen, bis unter die Zähne mit Ego und Wortmacht bewaffnet. Einer davon war ich. Ich merkte, dass ich an diesem verbalen Machtspielchen wunderbar teilnehmen konnte, während Hannah, die neben mir saß und den Text tatsächlich gelesen hatte, sogar zweimal, schwieg. Ich schämte mich und verstand, dass sich seit der Grundschule vieles geändert hatte – eigentlich alles, mich eingeschlossen. Diese Welt, erkannte ich, ist ein Ort für Ellenbogen und Rabauken. Auch wenn das nicht meine Art war, es war meine Rolle. Zumindest, wenn ich Erfolg haben wollte.

Also nahm ich mir, an diesem Abend, in diesem Klub, ein Herz, und schaltete auf Rabaukenmodus. Was ich genau sagte, weiß ich nicht mehr, aber ich weiß noch, wie das Mädchen und ich irgendwann zu knutschen begannen. Das Wissen, dass ich, sollte aus diesem Abend mehr werden, wohl für das Tragen von Taschen, das Bezahlen von Getränken und das Reparieren von technischem Gerät zuständig wäre, hinterließ jedoch einen schalen Geschmack.



*Theresa Bäuerlein, 26,
lebt und arbeitet als Journalistin in München.*

Eine Rolle spielen. Dass es genau darum geht, habe ich erst ziemlich spät begriffen. Denn Geschlechterfragen fand ich eigentlich immer langweilig. Die Antwort schien so klar zu sein: Zwischen Jungs und Mädchen gab es keine schwerwiegenden Unterschiede. Die einen trugen eben Unterhosen mit Eingriff, die anderen ohne, alle anderen Vorlieben waren eine Frage des Charakters. Sicher hatte ich davon gehört, dass Frauen und Männer vor ein paar Jahrzehnten darum gekämpft hatten, wer im Haus und in der Gesellschaft das Sagen hatte. Dass es einst absurde Gesetze gab wie jenes, das Frauen nur dann einen eigenen Beruf erlaubte, wenn ihre Ehemänner zustimmten. Wie die meisten meiner Freunde dachte ich aber, dass der Kampf vorbei war und dass alle daran Beteiligten gewonnen hatten.

Wenn aber jedem und jeder klar ist, dass Menschen in erster Linie Individuen sind und danach erst Männer und Frauen – woher kommen die Geschlechterstereotypen, wie sie in Fernsehserien und Bestsellern auftauchen? Männer und Frauen wollen nur das eine, heißt es da: die einen Sex, die anderen Schuhe. Männer haben Muskeln und bauen Häuser, Frauen haben Sinn fürs Schöne und richten die Häuser ein. Weiß doch jeder, dass das Schwachsinn ist. Oder? Für überraschend viele ist das eher Fakt als Spinnerie. Das merke ich immer dann, wenn ich aus der Rolle falle. Ich bin eine junge Frau, aber ich kugle durchaus gerne mal durch den Dreck, trinke Bier und mache Klimmzüge an Baugerüsten. Manch aufgeklärter Junge, der gerade sein zwölftes Politiksemester durchdiskutiert hat, legte deshalb die Stirn in Falten und fragte: „Du bist aber keine typische Frau, oder?“

Nein. Doch. Keine Ahnung. Eigentlich will ich mir darüber keine Gedanken machen. Aber dann reise ich – wie vor Kurzem – durch ein Land, in dem Frauen die Dreckarbeit machen, in dem mein Freund gefragt wird, für welchen Preis er mich verkaufen würde. Richtig lustig finde ich das nicht. In solchen Momenten bin ich sehr froh, in Deutschland zu leben, wo der Geschlechterkampf größtenteils ausgefochten zu sein scheint.

Aber Moment mal. Wie kommt es dann, dass Frauen hierzulande im Durchschnitt 30 bis 40 Prozent weniger verdienen als Männer – für die gleiche Arbeit, wohlgemerkt? Wieso muss ich mich, realistisch gesehen, als Frau noch immer zwischen Karriere und Kind entscheiden? Und wieso waren alle meine bisherigen Chefs Männer? Ich habe die Antworten nicht. Aber die Fragen machen mir manchmal Angst.

„Die Männer werden dann weich“

Frauen reden viel, Männer denken nach. Frauen können mit Kindern umgehen, Männer mit Entscheidungen. Die Psychologin Claudia Quaiser-Pohl erklärt, was in unseren Köpfen wirklich vorgeht.

Interview: Julia Decker

Illustration: Thomas Kartsolis

Frau Quaiser-Pohl, eine populäre Unterscheidung zwischen Männern und Frauen lautet: Männer sind rational, Frauen emotional.

Frauen emotional.

Das ist ein Klischee. In der Entwicklungspsychologie geht man davon aus, dass es eine Eigenschaft des Temperaments ist, ob jemand stark emotional reagiert. Und Temperamentsmerkmale sind angeboren. Der eine ist eher ein cooler Typ, den so schnell nichts aus der Reserve lockt, der andere kann von einer Sekunde auf die andere sehr schnell emotional reagieren. Ganz egal, ob man nun eine Frau oder ein Mann ist. Es ist ja wirklich nicht so, dass Männer keine Emotionen haben. Gehen Sie mal in ein Fußballstadion: Da können Männer sehr wohl jubeln und heulen.

Aber Frauen weinen mehr und schneller als Männer?

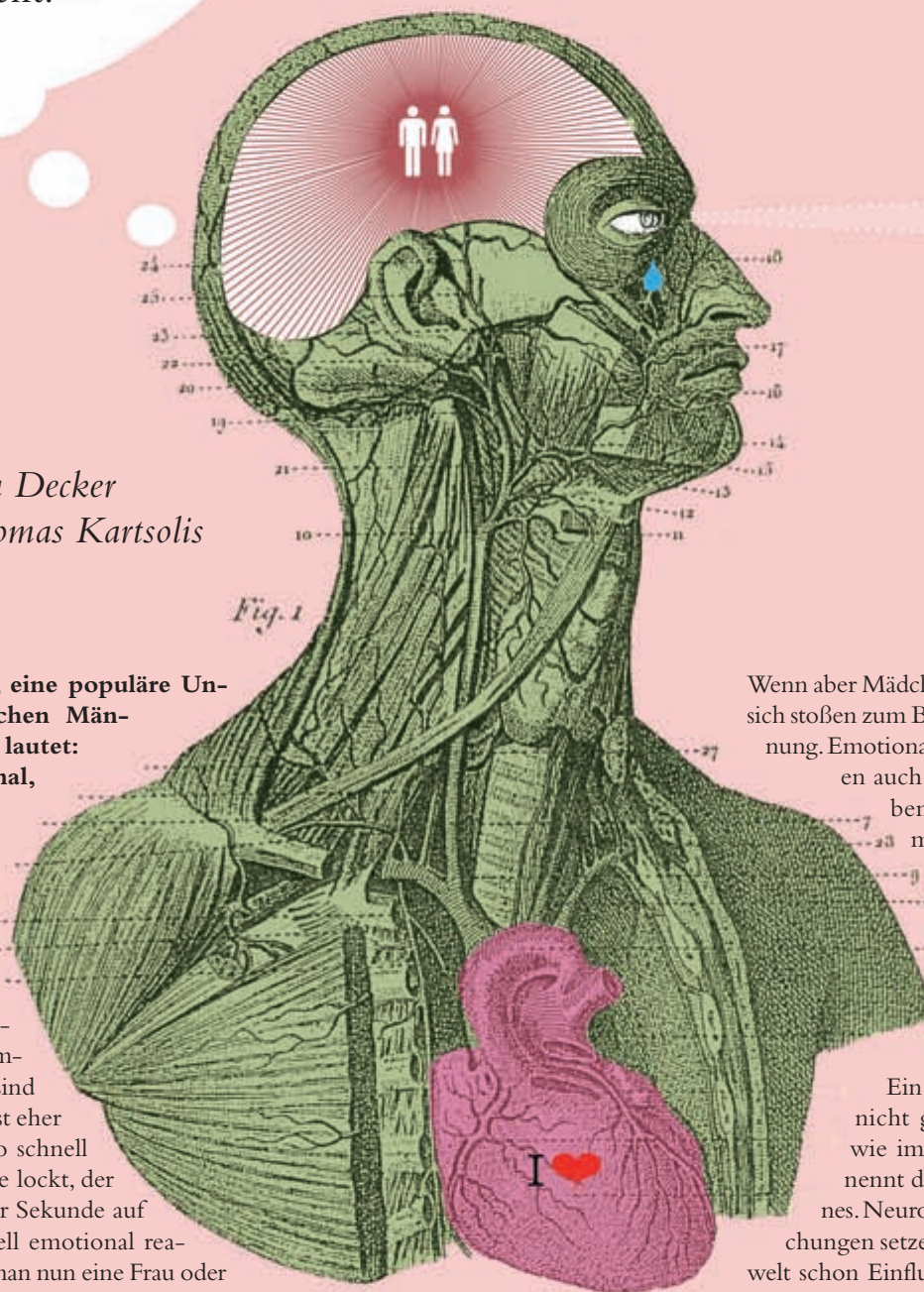
Emotionales Verhalten wird bei Frauen stärker

toleriert, deshalb sind sie aber nicht häufiger traurig. Aber wer wann Emotionen zeigt, das unterliegt gesellschaftlichen Regeln. Jungen lernen aufgrund gesellschaftlich vermittelter Rollenverhältnisse, dass sie nicht weinen dürfen, wenn sie sich wehgetan haben.

Wenn aber Mädchen sofort weinen, wenn sie sich stoßen zum Beispiel, ist das völlig in Ordnung. Emotional zu reagieren hat bei Frauen auch oft eine Funktion. Sie haben nämlich gelernt, dass sie mit Heulen etwas erreichen: Die Männer werden dann weich.

Es ist neurowissenschaftlich bewiesen, dass Gehirne von Frauen besser vernetzt sind.

Ein Gehirn ist bei der Geburt nicht genauso zusammengesetzt wie im Alter von 60 Jahren, man nennt das die Plastizität des Gehirnes. Neurowissenschaftliche Untersuchungen setzen dann ein, wenn die Umwelt schon Einfluss auf das Gehirn genommen hat. Es gibt zwar vor der Geburt hormonelle Einflüsse, durch die weibliche Organismen leichter auf verbale Stimulation ansprechen. Aber schon gleich nach der Geburt wird mit Mädchen viel gesprochen und mit Jungen wird körperlicher umgegangen. Die Eltern geben ihr erlerntes Rollenverhalten



weiter. Das führt dazu, dass sich in weiblichen Gehirnen bessere verbale Fähigkeiten bilden, die man an der größeren Vernetzung des Gehirnes erkennt.

Seit wann spricht man von der Ungleichheit von Mann und Frau?

Es gab schon immer Bücher über den Schwachsinn des Weibes und damit eine Grundlage dafür, dass in der Gesellschaft schon früh von der Ungleichheit von Mann und Frau gesprochen wurde. Schon weit vor dem 17. Jahrhundert.

Wie kam es dazu?

Sicher nicht, um die körperlich schwache Frau zu schützen. Eigentlich sind Frauen stärker als Männer. Männer haben durch das verkümmerte Y-Chromosom weniger genetische Informationen, sie sind häufiger von Krankheiten betroffen, und Missbildungen vor der Geburt findet man auch öfter bei männlichen Föten. Meiner Meinung nach wurde von Anfang an die Schwäche der Männer kompensiert, indem Frauen Schwächen zugeordnet wurden.

Dann ist das angeblich schlechtere räumliche Vorstellungsvermögen der Frauen auch ein Klischee?

Frauen haben im Durchschnitt genauso viele Fähigkeiten, die man beim räumlichen Denken braucht, wie Männer. Nehmen wir zum Beispiel das Problem mit dem Einparken. Frauen parken schlechter ein, wenn sie dabei beobachtet werden. Und zwar nur deshalb, weil beim Einparken eine Schwäche von ihnen erwartet wird. Ein Mann kann vielleicht gar nicht so toll parken, aber weil er sich sicher fühlt und stolz ist auf seine

Einparkfähigkeiten, wird es ihm gelingen, fehlerfrei zu parken. Ausschlaggebend ist also mehr die Einstellung zur Stärke und Schwäche als die tatsächlichen Stärken und Schwächen. Untersuchungen haben gezeigt: Transsexuelle Männer, die sich zu Frauen haben operieren lassen, konnten nach der Operation schlechter räumlich denken. Weil es von ihnen als Frau erwartet wurde, schlechter räumlich zu denken.

Wer hat damit angefangen, den Frauen zu erzählen, dass sie nicht so gut parken können?

Es liegt wohl daran, dass dort, wo räumliche Vorstellung verlangt wird – in technischen Berufen oder in der Mathematik –

, Frauen schon immer weniger vertreten waren. Man hat also nicht den Grund gesucht, warum es weniger Mathematikerinnen gibt, sondern hat einfach geschlossen: Es gibt wenige Frauen in technischen Berufen, also haben Frauen ein schlechteres räumliches

Vorstellungsvermögen. Dass die Frauen, statt an Hochschulen technische Fähigkeiten zu studieren, daheim auf die Kinder aufgepasst haben, hat niemand berücksichtigt. Aber das ist auch ein Grund, warum den Frauen bessere verbale Fähigkeiten zugeordnet wurden.

Können Sie das genauer erklären?

Frauen sprechen häufiger und besser, weil sie ja mit der Pflege und Erziehung der Kinder zutun haben, da hilft Kommunikation ungemein. Und weil sie viel mehr soziale Kontakte pflegen müssen. Deshalb ist die Begründung ganz einfach: Übung macht den Meister.

Dann sind Männer doch Denker und Frauen Quasselstripfen?

In der Aussage ist das nicht falsch. Man muss nur beachten, wie es dazu gekommen ist: weil von den Frauen eine Kommunikationsfähigkeit erwartet wird und von Männern das Denken. Ich muss nicht erwähnen, dass es sehr viele brillante Mathematikerinnen gibt, die im stillen Kämmerlein sitzen und nicht viel sprechen.

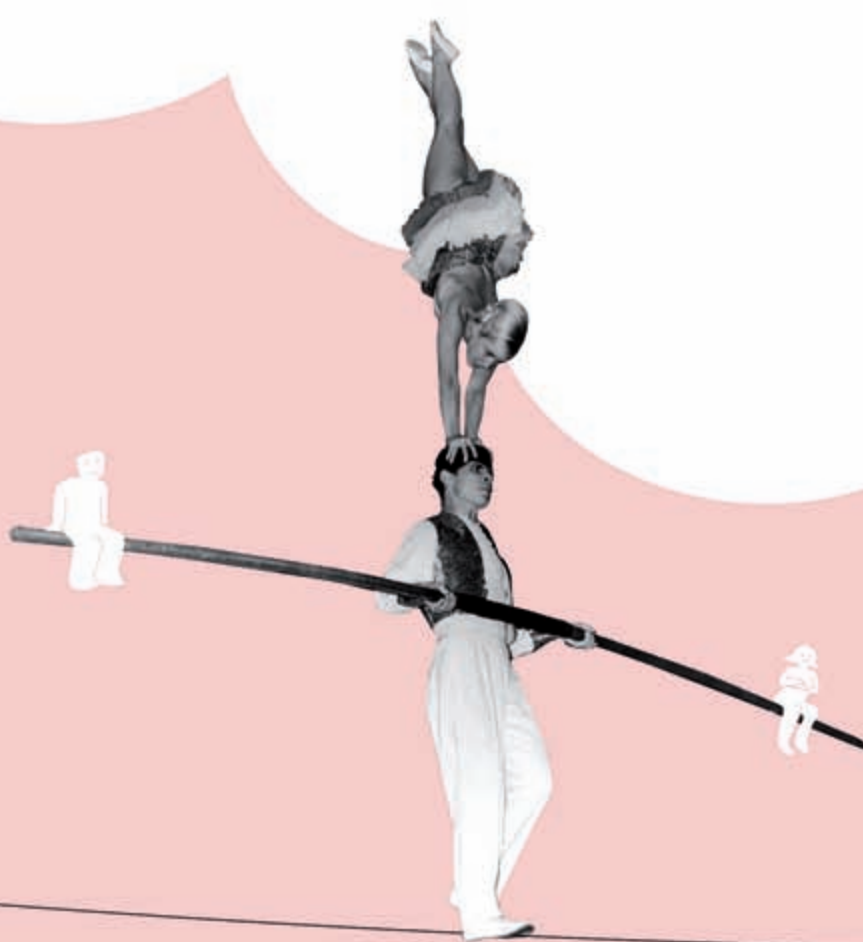
Es gibt auch diese These: Männer gingen auf die Jagd, weil sie kräftiger waren. Und so wurden Rollenverteilungen über die Jahrhunderte weitergegeben.

Das ist inzwischen in der Wissenschaft sehr stark hinterfragt. Es gab auch Frauen, die körperlich in der Lage waren zu jagen. Ich wehre mich dagegen, die Ungleichheit durch die Evolution zu begründen. Wir können uns in diese Zeit gar nicht zurückversetzen, und es gibt kaum Dokumente: So kann man schön spekulieren, was da in der Steinzeit alles an Schwächen und Stärken gewesen ist und sich bis heute auswirkt.

Es gibt viele Berufe, die überwiegend von Männern oder von Frauen ausgeführt werden. Warum gibt es immer noch kaum Kindergärtner?

Das hat wieder mit gesellschaftlichen Erwartungen zu tun. Frauen wird eher die Fürsorge und der

MÄNNER SIND DENKER UND FRAUEN QUASSELSTRIPPEN. STIMMT ALSO DOCH?



Umgang mit kleinen Kindern zugeschrieben. Das heißt aber nicht, dass Männer sich schlechter um Kinder kümmern als Frauen. Weil es aber bisher immer so war, dass der Beruf des Mannes auch ein gesellschaftliches Ansehen haben und den Unterhalt der Familie sichern sollte, gab es keine Kindergärtner: Als Erzieher bekommt man zu wenig Ansehen und zu wenig Geld. Oder: Inzwischen gibt es, anders als früher, kaum noch Grundschullehrer. Weil man zu wenig verdient und das Ansehen dieses Berufes gesunken ist.

Wie unterscheiden sich das Geschlechterverhalten und Klischees in anderen Kulturen?

Auf der koreanischen Insel Chejudo ziehen die Männer die Kinder groß. Die Frauen sind den ganzen Tag unterwegs, um nach Perlen zu tauchen. Da sie zierlicher sind als die Männer, können sie das viel besser. So hat sich über die Jahrhunderte herausgestellt, dass es sinnvoller ist, wenn Frauen den Lebensunterhalt verdienen. Und natürlich werden die Kinder nicht schlechter oder besser von ihren Vätern erzogen als woanders von Müttern.

Gibt es auch Unterschiede innerhalb Europas?

Die Kinderbetreuung ist zum Beispiel in Frankreich und Skandinavien besser geregelt als in Deutschland. Deshalb haben Frauen dort auch die Möglichkeit, weiterhin zu arbeiten, auch wenn sie Kinder haben. Die Folge ist, dass sich Frauen auch in Berufen durchsetzen, die eigentlich als männlich galten.

Unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland?

Ja. Weil die Gleichstellung von Mann und Frau ein politisches Ziel war, gab es in der DDR eine Gleichberechtigung im Beruf. Es gab mehr Frauen in wichtigen Positionen als in Westdeutschland, weil die Kinderbetreuung besser organisiert war. Die Kehrseite darf man

aber nicht vergessen: Die Frauen konnten sich nicht entscheiden, sie mussten arbeiten. Frauen, die in der DDR aufgewachsen sind, gehen daher selbstverständlicher mit Macht und leitenden Positionen um. Eine Frau im Kanzleramt ist sicher eine Auswirkung davon.

Wann ist es sinnvoll, die Ungleichheit zu akzeptieren?

Es muss eine Rollenaufteilung geben, in jeder Partnerschaft und auch in der Gesellschaft. Es ist nur die Frage, ob man als Begründung für eine Aufteilung immer das Geschlecht heranziehen muss. Untersuchungen von Partnerschaften zeigen, unabhängig vom Geschlecht, ganz klar: Gleich und Gleich gesellt sich nicht gern. Man sollte sich gegenseitig ergänzen. Aber jeder sollte die gleichen Chancen haben, sich und seine Fähigkeiten zu entwickeln.

Also ist es nicht in allen Situationen sinnvoll, wenn sich die Geschlechter immer mehr angleichen?

Es hilft niemandem, wenn jeder versucht, alles zu können und alles zu machen.

Was ist das Gefährlichste an der gelernten Ungleichheit von Mann und Frau?

Es ist zwar schwierig, aber man sollte sich mehr bemühen, genau hinzuschauen, und die Individualität des Einzelnen in den Vordergrund stellen. Allein mit dem Geschlecht Stärken und Schwächen zu begründen, damit sollte man einfach aufhören. ●



Claudia Quaiser-Pohl, 41, ist Professorin für Pädagogische Psychologie an der Universität Siegen. Von ihr erschien zuletzt: Warum Frauen glauben, sie könnten nicht einparken – und Männer ihnen Recht geben (2004).

Mein erstes Mal

Der Betrag war für alle der gleiche: 1989 bekam jeder DDR-Bürger beim ersten Besuch im Westen 100 D-Mark Begrüßungsgeld. Die Künstlerin Peggy Meinfelder sammelt, was die Menschen damals mit dem Geld gekauft haben.

Protokolle und Fotos: Peggy Meinfelder



ANNA & KLAUS SCH. (geb. 1935, 1940)

„Wir haben uns einen Ölradiator gekauft. Na, wir wollten ein bisschen Bequemlichkeit, etwas moderner sein und nicht immer den Ofen anschüren.“



RICA M. (geb. 1976)

„Ich wollte Leuchthosenträger, aber ohne Aufdruck. Leider gab es das nicht. Deshalb kaufte ich welche mit Aufdruck und versuchte, diese auszuwaschen, was aber nicht gelang. Ich habe die Hosenträger niemals getragen.“



JENS S. (geb. 1977)

„Auf dem Gerät, das ich damals vom Begrüßungsgeld gekauft habe, hörte ich meine ersten Metal-Kassetten – es funktioniert heute noch super.“



CHRISTIANE I. (geb. 1977)

„Mein Begrüßungsgeld haben erst einmal meine Eltern zurückgehalten. Ich wollte damals unbedingt einen Kassettenrekorder haben, und zum Nikolaustag bekam ich ihn dann auch endlich.“



Ute & Ulrich U. (geb. 1948, 1949)

„Wir wollten unbedingt einen Rekorder mit Doppelkassettendeck kaufen, damit meine Frau die Musik für ihre Tanzgruppe leichter zusammenstellen konnte. Inzwischen ist der Rekorder im Keller verstaut.“



Hans-Joachim W. (geb. 1947)

„In der DDR waren gute Radios fast unerschwinglich. An solche mit Doppelkassettendeck gar nicht zu denken. Also musste eines her, das gut aussieht und mit dem man eigene Kassetten zusammenschneiden kann.“



TESSY S. (geb. 1974)

„Ich setzte genau 99,99 DM in einen Kassettenrekorder um. Da ich mir von meinem Jugendweihe- und Konfirmationsgeld keinen kaufen durfte und den von meinem älteren Bruder immer ausleihen sollte.“



Susanne W. (geb. 1961)

„Ich habe damals für die Küche das Radio gekauft, danach war es im Kinderzimmer und heute steht es im Gartenhaus. Es wird natürlich noch genutzt.“



Anita S. (geb. 1932)

„15.11.89 – alles fährt nach dem Westen, wir auch! In Bamberg wollten wir nur den Reiter im Dom sehen. Doch dann kam OBI. Unser Herz schlug schneller, als wir einen entzückenden künstlichen Weihnachtsbaum sahen. Vorbei die jährliche Sorge der Beschaffung. Wir freuten uns auf das kommende Fest.“

Katharina F. (geb. 1981)

„Ich habe Weihnachten 1989 von meinen Eltern eine Barbiepuppe geschenkt bekommen, die sie von einem Teil meines Begrüßungsgeldes gekauft haben. Da ich damals von unseren West-Bekannten auch noch eine zweite bekam, bin ich mir nicht mehr ganz sicher, ob es wirklich auch diese Puppe war.“



Katharina F. (geb. 1981)
„Ich habe Weihnachten 1989 von
meinen Eltern eine Barbiepuppe geschenkt bekommen,
die sie von einem Teil meines Begrüßungsgeldes
gekauft haben. Da ich damals von unseren
West-Bekannten auch noch eine zweite bekam,
bin ich mir nicht mehr ganz sicher, ob es
wirklich auch diese Puppe war.“



Birger J. (geb. 1953)

„Ich habe *Wolf Biermann zu Gast bei Wolfgang Neuss – Live in Frankfurt 1965* gekauft. Neuss spricht darauf den Text „Onkel Paul schreibt vom Schwarzen Meer“, in dem er die Wiedervereinigung aus Sicht des Bulgarien-Billigurlaub-Wessis prophezeit.“



Sabine E. (geb. 1965)

„Ich war damals in Geldnöten. Also habe ich die 100,- DM in der Nähe vom Checkpoint Charlie schwarz in 600 Mark Ost umgetauscht.“



Fam. E. (geb. 1953, 1954, 1976, 1978, 1988)

„Wir haben alles gespart und auf ein damals angebotenes ‚DM-Konto‘ für DDR-Bürger von der Sparkasse eingezahlt. Das Geld haben wir dann benutzt, um das Grundstück für unser Haus zu kaufen.“



Eva W. (geb. 1980)

„Ich weiß nicht mehr genau, warum ich das Buch gekauft habe, vielleicht lag es an dem lustigen bunten Kerlchen auf dem Cover. Ich wusste nicht, dass es sich dabei um Pumuckl handelt.“

Um Klassen besser

Im Kasseler Stadtviertel Waldau leben viele Arbeitslose, Ausländer und Sozialhilfeempfänger. Die Offene Schule Waldau schafft es dennoch, Schülern mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen die gleiche Chance zu geben. So wie Saleem und Esat.

Text: Serge Debabant Fotos: Betty Myller





auf dem Sportplatz ihrer Schule in Waldau. Oben rechts: Schüler in einer Unterrichtspause.



Esat Özkan kann sich noch gut an die Zeit erinnern, als er mit seinen Eltern nach Deutschland kam. „Ich war erstaunt, dass die Straßen hier so neu und sauber aussehen. Aber nach drei Monaten wollte ich zurück in die Türkei zu meinen Freunden“, sagt der blasse 16-Jährige. Er trägt Schlapperjeans und Chucks und sitzt auf einer Bank im Flur seiner Schule. Neun Jahre ist es her, dass er nach Kassel gezogen ist. Damals sprach er kein Wort Deutsch. Wenn ihn ein Schüler deswegen aufzog, hat er „Lütfen beni rahat birak“ gesagt, „Bitte lass mich in Ruhe“. Wenn das nicht half, schlug er zu.

Esat sieht ins Leere. In der Grundschule ist er zweimal sitzen geblieben, in der fünften Klasse war er einen Kopf größer als die anderen und hat dort weitergeprügelt. „Ich fand das nicht so toll“, sagt Saleem Mida, der sich neben Esat setzt. „Pass auf, was du sagst“, meint Esat und holt mit dem rechten Arm aus. Doch er schlägt nicht zu, sondern knufft Saleem in die Seite. Esat verprügelt heute niemanden mehr. Außerdem ist Saleem sein bester Freund.

Saleem und Esat gehen in die neunte Klasse der Offenen Schule Waldau. Die Gesamtschule liegt in einem Problemviertel Kassels. In den Sechzigerjahren wurden in Waldau Plattenbauten hochgezogen. Heute sind 40 Prozent der Bewohner Ausländer oder Aussiedler. 42 Prozent bekommen Arbeitslosengeld I oder II. Rund 20 Prozent der Schüler sprechen in der Familie kein Deutsch. Die PISA-Studien haben gezeigt, was das für Heranwachsende heißt: In kaum einem Testland ist die familiäre Herkunft für den Schulerfolg so entscheidend wie in Deutschland. „Esat hat es uns nicht immer leicht gemacht“, sagt Bärbel Buchfeld, eine energische Alt-68erin, die die Schule seit sechs Jahren leitet. Es ist später Nachmittag, die Schüler sind längst zu Hause. Um sieben Uhr tritt die Schulkonferenz zusammen, bei der Lehrer, Eltern und Schüler neue Projekte wie die Kletterwand besprechen, die die Schule mithilfe von Spenden gerade errichtet hat. Durch die Fenster in Buchfelds Büro sieht man die Wohntürme der Trabantenstadt. Seit Mitte der Achtziger hat sich ein dünner Streifen aus Einfamilienhäusern zwischen die Schule und die Hochhäuser gelegt. Er wirkt wie ein Symbol für die dünne Schicht aus Regeln und Ordnung, mit der sich die Offene Schule vor der Gewalt des Viertels schützt.

„Natürlich braucht ein Schüler wie Esat mehr Aufmerksamkeit als andere“, sagt die 59-Jährige. „Wenn er in einem Fach einbricht, gehen wir hinterher, reden mit seinen

Eltern, sorgen dafür, dass er wieder lernt.“ In einigen Fächern ist Esat durchaus begabt. Früher hat er Einsen in Mathe geschrieben, er ist ein guter Sportler, aber sein schlechtes Deutsch macht ihm zu schaffen. Gerade bereitet er sich auf den Hauptschulabschluss nach der neunten Klasse vor. Er geht zum Deutsch-Förderunterricht, zu Hause lernt er die deutschen Artikel. Vielleicht schafft er sogar den Realschulabschluss. Buchfeld ist überzeugt, dass sich die Mühe lohnt. Die Erfolge der Offenen Schule sprechen dafür: 60 bis 70 Prozent ihrer Schüler wechseln auf eine weiterführende Schule wie

das Gymnasium. 30 Prozent schaffen den Haupt- oder Realschulabschluss. „Selbst Schülern, die nach der neunten Klasse abgehen“, sagt Buchfeld, „besorgen wir eine Lehrstelle. In den ganzen Jahren habe ich nur zwei Schüler völlig aus den Augen verloren. In denen steckte jedoch so viel kriminelle Energie – das konnten wir nicht auffangen.“ „Wir sind eine Schule für alle“ heißt es in *Schule machen*, dem Programm der Offenen Schule. 1971 wurde die Gesamtschule Waldau gegründet, zwölf Jahre später in „Offene Schule Waldau“ umbenannt. Waldau wurde zur integrierten Gesamtschule, die auch Be-

hinderte aufnimmt. Sie führte längere Pausen und Nachmittagsunterricht ein, im umgebauten Hauptgebäude, einem Fertigbau-Klotz aus Beton, bekam jeder Jahrgang seine eigene Etage, die fünften und sechsten Klassen zogen sogar in eigene Gebäude. „Jeder Jahrgang hat einen eigenen Bereich“, sagt Buchfeld. „So verhindern wir auch, dass sich Türken oder Russlanddeutsche zusammenschließen und aufeinander losgehen.“ Beharrlich setzen Schulleitung und Lehrer neue pädagogische Ideen um, was allen viel Zeit und Einsatz abverlangt. Nachmittags können die Schüler zwischen Zusatzange-

Der geborene Student

Der Soziologe Michael Hartmann über Risiken und Nebenwirkungen von Eliten.

Interview: André Kerner

Herr Hartmann, in München und Karlsruhe freuen sich die Universitäten über Auszeichnungen der Deutschen Forschungsgesellschaft in der Exzellenzinitiative 2006. Brauchen wir Eliteunis?

Nein, denn die Exzellenzinitiative wird dazu führen, dass wir unser homogenes und immer noch sehr leistungsfähiges Hochschulsystem aufgeben. Die Elite wären dann zehn Universitäten, dazu gäbe es rund 15 Forschungsuniversitäten. Die übrigen Universitäten würden kaum noch Forschung betreiben. Außerdem wäre es dann auch in Deutschland wichtig, wo man studiert hat, so wie es heute schon in Frankreich oder den USA der Fall ist.

Sie lehnen die Exzellenzinitiative ab?

Strikt. Eliteeinrichtungen werden langfristig auch mit sozialen Zulassungsbeschränkungen einhergehen. Sie werden sich zu Bürgeruniversitäten entwickeln, wo vor allem Kinder aus privilegierten Verhältnissen hervorragende Master-Studiengänge besuchen.

Das fördert doch die Leistungen!

Dort schon. Aber was ist mit den Studenten an den Massenunis? Dort würden die Studierenden durch schnelle Bachelor-Studiengänge geschleust, unter deutlich schlechteren Bedingungen als derzeit.

Aber jeder hätte die Chance, durch Leistung auf eine Eliteuni zu kommen.

Nein. In den USA oder Frankreich haben

Eliteeinrichtungen eine längere Tradition. Dort zeigt sich, dass bei der Auswahl Leistung nur *ein* Zugangskriterium darstellt. Genauso wichtig ist auch ein bestimmtes Auftreten: Eloquenz, eine breite Allgemeinbildung, Selbstbewusstsein – Eigenschaften, die in einem bürgerlichen Elternhaus eher vermittelt werden. Ein Beispiel aus Frankreich: Ein Bewerber der bekannten Eliteschule ENA wurde gefragt, wie tief die Donau in Wien sei. Da er durch seine Erziehung die Spielregeln bei solchen Gesprächen kannte, wusste er zu kontern: Unter welcher Brücke? Ist der soziale Status höher, ist die Bereitschaft größer, ein Risiko einzugehen. Außerdem gibt es in den USA Quoten für die Kinder von Ehemaligen. Denken Sie nur an schlechte Studenten wie George W. Bush, der diesen Bonus hatte.

Gibt es in anderen Ländern Beispiele für besser zugängliche Eliten?

Schauen Sie nach Finnland, dort wurden bei der PISA-Studie nicht umsonst die besten Ergebnisse erzielt. Die Gesellschaft dort ist von unten bis oben, von den Vorschulen bis zum Zugang zu Eliten, relativ offen. Die soziale Herkunft ist von geringerer Bedeutung.

Woher kommt das?

Es gibt eine lange egalitäre Tradition. Einerseits sind alle von hohen Steuern betroffen, andererseits jedoch wird dieses Geld investiert, um familiäre Defizite durch öffentliche

Einrichtungen auszugleichen. Das beginnt bereits in der Vorschule. In Deutschland dagegen führt die Dreigliederung des Schulsystems zum Gegenteil.

Weil schwache Schüler früh von guten getrennt werden?

Nicht nur das: Es ist eine Lüge der konservativen Pädagogik, dass homogene Klassen zu mehr Leistung führen. In Wahrheit sind alle Schüler in Klassen erfolgreicher, in denen bessere und schlechtere Schüler gemeinsam lernen. Das spricht für Gesamtschulen. Und die PISA-Studie bestätigt es: In Finnland sind gemischte Klassen üblich, genau wie an der deutschen Schule, die beim PISA-Test am besten abgeschnitten hat, der Wiesbadener Helene-Lange-Schule.

Sind Eliteeinrichtungen dann mit Demokratie überhaupt vereinbar?

Spitzenpositionen sollten für alle offen sein, die entsprechende Leistung bringen. Tatsächlich aber werden Machtpositionen dauerhaft innerhalb von begrenzten sozialen Milieus vergeben – das zeigt sich auch in Deutschland: in der Wirtschaft, der Verwaltung oder der Justiz. Eliten bilden einen Gegensatz zur Demokratie.

Michael Hartmann, 54, ist Professor für Soziologie an der TU Darmstadt. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist die Elitelforschung. Zuletzt erschien von ihm: Elitesoziologie. Eine Einführung (2004).



Links: Spielerischer Unterricht auf dem Schulhof. Rechts: Bärbel Buchfeld, seit sechs Jahren Leiterin der Offenen Schule Waldau.

boten wie Badminton, Hip-Hop oder Training für die Jugendfeuerwehr wählen. Zu Beginn der fünften Klasse besuchen die Lehrer alle Eltern und verpflichten sie, einen „Lernvertrag“ zu unterschreiben, der die Rechte und Pflichten der Lehrer, Eltern und Schüler regelt. Am wichtigsten aber ist Buchfeld, dass die Lehrer in Teams arbeiten, die jeden Jahrgang von der fünften bis zur zehnten Klasse begleiten. Heute ist die Offene Schule Waldau eine von vier besonders geförderten Versuchsschulen in Hessen und einer der Preisträger des Deutschen Schulpreises, der im Dezember 2006 erstmals vergeben wurde. 2005 haben rund sechzig Lehrergruppen hier hospitiert. „Die sind vor allem überrascht“, sagt Buchfeld, „wie ruhig und freundlich unsere Schüler sind.“ 145 nimmt die Offene Schule jedes Jahr auf. Genauso viele musste sie letzten Sommer ablehnen. Kinder wie Esat, die vorher auf die Grundschule Waldau gegangen sind, werden bevorzugt aufgenommen. Aber auch Eltern aus den besseren Stadtteilen schicken ihre Kinder mittlerweile auf die Offene Schule. Saleem wohnt im bürgerlichen Wehlheiden und fährt jeden Morgen eine halbe Stunde mit dem Bus. Seine Eltern sind Inder und vor 16 Jahren nach Deutschland gekommen. Sie konnten kein Deutsch, hatten nicht studiert, aber

sie wollten es zu etwas bringen, sich hier einleben und haben die Sprache schnell gelernt. Heute besitzen Saleems Eltern eine Pizzeria, seine Mutter macht die Buchhaltung. Ab und an hilft sie in Englisch aus, bei Saleems Bruder Nadeem, der in die siebte Klasse geht, sitzt sie im Elternbeirat. Saleem wäre lieber auf ein Gymnasium gegangen, weil er gern

ER ERZÄHLT VON BANDEN, VON SCHLÄGEREIEN, SEINEN GHETTOERFAHRUNGEN.

gefordert wird, wie er sagt. Seine Eltern haben ihn aber nach Waldau geschickt. Heute geht er gern hierher – „weil man auch Haupt- und Realschüler kennenlernt“ –, ist Zweitbesten seiner Klasse und ihr Sprecher. Später will er Maschinenbau studieren. „Saleem, kommst du an die Tafel und zeigst uns, was du gerechnet hast?“, fragt die Mathematiklehrerin. Saleem geht an die Tafel und nimmt sich die Kreide. Auf seinem Rücken prangt ein Armani-Logo. Ohne den in anderen Schulen üblichen Gong geht die Stunde zu Ende. In der Pause treffen sich Esat und Saleem auf dem Gang. Seit der sechsten Klasse saßen sie im Unterricht nebeneinander. Im freien Lernen, wo die Schüler Projekte erarbeiten, haben sie immer zusammenge-

arbeitet. „Ich habe ihm ein wenig geholfen, weil ich besser Deutsch kann“, sagt Saleem. Ihre Wege werden sich trennen. In Fächern wie Mathematik oder Englisch besuchen Gymnasialanwärter wie Saleem den Erweiterungskurs, Esat geht in den Grundkurs. Sein Vater spricht gerade genug Deutsch, um sich in seinem Job als Autolackierer zu verständigen, seine Mutter beherrscht die Sprache überhaupt nicht. Auch seine Familie ist nach Deutschland gekommen, um sich hier etwas aufzubauen. Esat will zurück in die Türkei. Vorher möchte er eine Ausbildung zum Autolackierer machen – wie sein Vater. „Aber erst müssen wir dafür sorgen, dass du den Realschulabschluss schaffst“, sagt Saleem. Esat drückt die Lippen zusammen. Nach Schulschluss gehen die beiden durch Waldau zum Bus. Esat ist in der Nähe groß geworden, ehe seine Familie in einen ruhigeren, schöneren Stadtteil gezogen ist. Am Wochenende trifft er hier seine Freunde. Er beginnt zu schwadronieren: von Banden, von Schlägereien zwischen Aussiedlern und Türken. Er gibt ein bisschen an mit seinen Ghettoerfahrungen. Dann wird ihm bewusst, was er erzählt. „Ich bin nie in einer Bande gewesen“, sagt er. Und, nach einer Pause: „Gewalt ist keine Lösung.“ Es klingt noch ein wenig auswendig gelernt. Aber er meint es ernst. ●

Gleich und Gleich verkauft sich gern



Löwen, Bären oder doch Kühe aus bemaltem Kunststoff – durch mehr scheinen sich die Einkaufsstraßen der Großstädte weltweit nicht mehr zu unterscheiden. Denn die Geschäfte, vor denen der Plastikzoo aufgestellt wird, sind immer die gleichen: Douglas neben Kaufhof neben McDonald's neben Subway neben Starbucks, dann die Hochglanzstores von Esprit, Nike und Benetton, dazwischen eine, zwei oder gar drei H & M-Filialen, Zara, Görtz und eine große Buchhandelskette. Das Ensemble wird eventuell ergänzt durch ein Einkaufszentrum, das wahlweise Piazza, Arkade oder Forum heißt. Die Haupteinkaufsstraßen in Hamburg und Düsseldorf bestehen bereits zu 90 und 89 Prozent aus Filialen großer Ketten, selbst in etwas kleineren Städten wie Bonn (75 Prozent) und Stuttgart (67 Prozent) sieht es ähnlich aus.

In den Innenstädten von Taipeh, Madrid, Rio oder Moskau bietet sich ein entsprechendes Szenario. „Es gibt kulturell heute einen globalen Raum, der über das Fernsehen in der ganzen Welt westliche Lifestyles vermittelt, an denen die Menschen teilhaben wollen. Diese Lifestyles werden vor allem über einige wenige Marken vermittelt, und deshalb wollen Menschen weltweit genau diese Marken haben“, erklärt Stephan Lanz, Stadtplaner und Dozent an der Europa-Universität Frankfurt/Oder, die Entwicklung der Innenstädte.

Seit sich die Industrien in ländlichere Räume oder Billiglohnländer zurückgezogen haben, kämpfen die großen Städte in einem globalen

Standortwettbewerb um Investoren, Konzernzentralen und -filialen, um die jungen kaufkräftigen Dienstleistungseliten, die in die Stadt ziehen sollen, und vor allem um Touristen. „Es gilt mittlerweile als notwendiger Teil einer Stadt, dass man eine bestimmte Bandbreite von Handel und Shopping anbieten kann“, sagt Lanz. Touristen wollen auf ihrer Reise in den gleichen Geschäften einkaufen können wie zu Hause. Verstärkt wird der Effekt dadurch, dass sich lediglich große Konzerne für ihre Filialen die hohen Mieten in Innenstädten überhaupt noch leisten können – im Unterschied zu kleinen, alteingesessenen Geschäften. Damit sich diese Filialen trotz hoher Mieten dennoch rechnen, werden ihre Verkaufsflächen immer größer. Der Vorteil für den Kunden: Er findet sich auch in fremden Städten im Geschäft gut zurecht – er kennt ja alles.

Gleichzeitig versuchen die Städte gerade deshalb, die feinen Unterschiede, die es noch gibt, besonders zu betonen, um so ihre Attraktivität im Wettbewerb zu steigern. Einkaufen muss ein Erlebnis sein, damit die Kunden kommen. Um dieses Erlebnis zu bieten, werben die Städte mit unterschiedlichen Angeboten. Die Palette reicht von touristischen Sehenswürdigkeiten über besondere Kulturangebote bis zu einem Stadtstrand. Ein gutes Beispiel dafür ist Bilbao. Bevor der Stararchitekt Frank Gehry dort die Filiale des Guggenheim Museum baute, interessierten sich die Menschen kaum für die spanische Stadt. Heute ist sie bei Touristen sehr beliebt.

Schon bemerkt? Unsere Städte sehen so aus, als wären sie miteinander verwandt. Die großen Unternehmen finden, das muss so sein.

Text: Caroline von Lowtzow Illustration: Eva Hillreiner



„Das Interessante dabei ist“, so Lanz, „dass das Unterscheidungspotenzial, das die Städte betonen wollen, immer stärker kommerzialisiert und vermarktet wird. Da sich diese Vermarktung aber an denselben kaufkräftigen Zielgruppen orientiert, werden sich die Städte dennoch ähnlicher.“ Städte, die an einem Fluss liegen oder einen Hafen haben, versuchen zum Beispiel immer häufiger, die Innenstadt durch eine sogenannte „Waterfront“ zu erweitern, wo Wohnen, Büros, Freizeit, Shopping, Gastronomie und Kultur zu „Urban Entertainment“-Arealen verbunden werden. In Hamburg wird gerade an der Elbphilharmonie und der HafenCity gebaut. Aber auch Duisburg und Ludwigshafen erweitern ihre Innenstädte zum Rhein hin und bauen die ehemaligen Container- und Hafenanlagen zu Uferpromenaden und neuen Stadtteilen aus, die mit Hafentmosphäre und der vermeintlich einmaligen Lage am Wasser locken. Fast jede Stadt, die an einem Fluss liegt, schüttet mittlerweile im Sommer einige Kubikmeter Sand aus und erklärt die Bretterbude darauf zur „Strandbar“. Selbst wenn eine Stadt dem Trend zur Filialisierung entgegenwirken will, hat sie nicht viele Möglichkeiten. München versucht, eine Handvoll Traditionsgeschäfte zu unterstützen, indem die Stadt für Läden im Rathaus am Marienplatz und am Rindermarkt moderate Mieten verlangt. „Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und nicht nur an die vermieten, die am meisten zahlen können“, sagt Ursula Grunert vom Münchner Referat für Arbeit und Wirtschaft.

Zwar gibt es in vielen Städten Arbeitsgemeinschaften, in denen die Stadt, Immobilienbesitzer und die Akteure der Innenstadt, also Banken, Gastronomie und Handel, über die Entwicklung der Innenstadt sprechen. In einigen Bundesländern wie Hessen und dem Stadtstaat Hamburg werden sie sogar durch Gesetze unterstützt. Ihr Engagement führt aber selten zu mehr Vielfalt, dafür zu moderner Weihnachtsdekoration, einer neuen Bepflasterung und dazu, dass Graffiti verschwinden – und die Anmutung der Städte so noch ähnlicher wird. „Wegen des hohen Wettbewerbsdrucks liefern sich die Städte immer stärker an die Logik der Investoren aus“, kritisiert Stephan Lanz. Diese könnten mittlerweile bestimmen, wie groß die Gewerbeflächen sein müssen und was für eine Infrastruktur die Stadt liefern soll. Das geht oft mit der Privatisierung öffentlichen Raums einher. Was öffentlich aussieht, ist es gar nicht mehr. So wie der Potsdamer Platz in Berlin. Dort gehören sogar die Straßen zum großen Teil privaten Unternehmen wie DaimlerChrysler oder Sony. „Die bestimmen auch, was dort stattfinden darf. Politische Demonstrationen in der Regel nicht. Und auch bestimmte Gruppen, die man dort nicht haben will, werden von den konzern-eigenen Sicherheitsleuten vertrieben.“ Bettler, Straßenmusiker, Skater und andere Jugendliche werden an den Rand dieser Zonen gedrängt. „Stadtluft“, so der Berliner Architektursoziologe Werner Sewing, „macht nicht mehr frei. Stadtluft macht Konsumenten und Touristen.“

„Die Menschen sind unfreier denn je“

Der Berliner Medienwissenschaftler Norbert Bolz über die Individualität des Lebens und warum gerade das Streben danach zu uniformem Denken führt.

Interview: Marc Winkelmann

Herr Bolz, bedeutet Individualität, dass man ein Alleinstellungsmerkmal sucht, um sich abzugrenzen?

Ja, das wäre der Traum. Das Interessante ist, dass der Begriff von Individualität heute das Gegenteil dessen markiert, was man Anfang des 19. Jahrhunderts darunter verstand. Damals war die Vorstellung, dass der Mensch das gesellschaftlich Allgemeine in seiner Individualität spiegelt. Heute will jeder sein, wie kein anderer ist, etwas haben, was kein anderer hat.

Warum ist das so?

Ich halte Langeweile für den ausschlaggebenden Faktor. Man kommt gar nicht auf solche Gedanken, wenn man zu tun hat und von seiner Arbeit absorbiert ist. In Amerika ist der Satz „I want to make a difference“ sehr populär. Aber da bedeutet er: Ich tue etwas, ich greife irgendwo ein, ich engagiere mich. In Deutschland suchen wir den Unterschied darin, uns voneinander unterscheiden zu wollen. Man tut nichts, man unternimmt nichts, man nimmt es als ein Designproblem. Es ist die eigentliche Krux, dass wir es nicht schaffen, diesen Unterschied auf der Ebene der Leistung und der Arbeit anzustreben.

Unsere Gesellschaft bietet sehr viele Möglichkeiten. Nehmen wir die Mode: Warum sind Menschen trotzdem, gerade in Szenevierteln, uniform gekleidet?

Ob man das nun Dummheit oder Faulheit nennt: Es scheint, dass die Menschen unfreier sind denn je. Das gilt auch für die Gedankenfreiheit. Wir haben zwar formal, wie nie zuvor in der Geschichte, die Möglichkeit zu denken, was wir wollen. Und diese Freiheit gilt auch für die Gestaltung des Lebens. Aber kaum jemand denkt anders. Es existiert ein unglaublicher Konformismus.

Lässt sich das ändern?

Ich bin da eher pessimistisch. Die Knechtschaft der Mode und der Mode des Denkens gegenüber ist eine freiwillige Knechtschaft. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass es

sehr gemütlich und bequem ist zu denken, wie alle denken, sich zu kleiden, wie alle sich kleiden. Wenn man das noch mit dem Gefühl würzt, das sei alles wahnsinnig antibürgerlich, womöglich gar subversiv, ist das ein Konsumangebot, das kaum jemand ausschlagen kann. **Irgendwann kapituliert man also und kauft eine bestimmte Jeans-Marke, weil andere sie auch tragen.**



Norbert Bolz ist Professor für Medienwissenschaft an der TU Berlin und Autor des Buches Die Konformisten des Andersseins. Zuletzt erschien von ihm Die Helden der Familie (2006).

Erstens das. Und was noch gefährlicher ist: Gerade in dem Versuch, die Jeans-Marke zu kaufen, die andere nicht tragen, lande ich bei einem Nischenanbieter, der gerade dabei ist, den nächsten Mainstream vorzubereiten. Underground ist nichts anderes als die kreative Maschine des nächsten Mainstreams.

Ist der Wunsch nach Individualität eine Frage des Alters?

Ja. Ich glaube, diese Sehnsucht ist ein Adoleszenzthema. Nur haben wir es mit dem großen Problem zu tun, dass die meisten Men-

schen gar nicht erwachsen werden. Also: Eine Verhaltensweise, die eigentlich in die Reifephase des Menschen gehört, wird beliebig bis ins Pensionsalter verlängert. Das ist der Kern des Problems. Es gibt eine weit verbreitete Unlust, erwachsen zu werden.

Wie jemand, der sich die Haare färbt und auf der Straße nach Geld fragt?

Wenn Sie in Großstädten wie Berlin in eine U-Bahn steigen, dann ist es der Normalfall, dass irgendjemand blaue, grüne oder rote Haare hat. Das ist eine verzweifelte Situation für alle, die damit etwas erreichen wollen. Denn sie stellen fest, dass sie selbst mit dem lautesten Schrei – „Schaut mich an, ich existiere!“ – im Grunde keine Aufmerksamkeit mehr erregen. Man zuckt nur mit den Schultern, man hat das alles schon so oft gesehen.

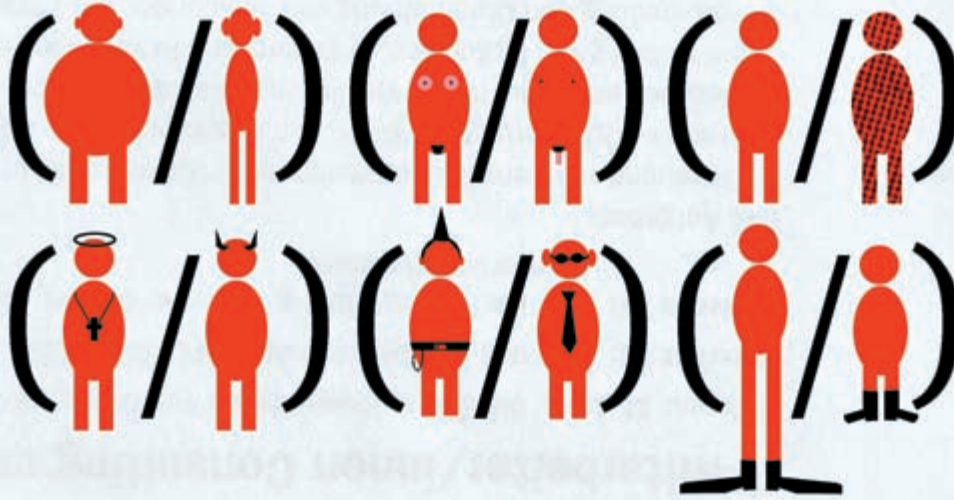
Und wenn man seinen Job kündigt und ein Jahr lang auf Weltreise geht?

Das hingegen ist interessant. Das ist eine Kopie des Verhaltens von Handwerkern des 18. und 19. Jahrhunderts. Damals ist man ausgezogen, um sich und die Welt kennenzulernen. Das könnte tatsächlich zu einer Veränderung des eigenen Lebens und der Selbsteinschätzung führen. Allein die Zeit, ein ganzes Jahr, könnte Reflexionsprozesse in Gang setzen, die einen Menschen ein wenig aus dem Konsumsystem hinauskatapultieren.

Kann man sich als Mensch überhaupt grundsätzlich ändern?

Ich denke schon, auch wenn dies nicht aus sich selbst heraus geschieht, sondern nur im Bezug auf andere Menschen. Man ändert sich zum Beispiel radikal, wenn man heiratet oder Kinder bekommt. Das gilt auch für den Fall eines Jobwechsels. Insofern gibt es ganz massive Möglichkeiten, in den Gang des eigenen Lebens einzugreifen. Aber es lässt sich nicht steuern, wohin der Weg dann führt. Das ist eines der großen Risiken des Lebens – und daran zeigt sich, ob Menschen tatsächlich Mut zur Individualität haben.

Mittelständisches Unternehmen sucht Mitarbeiter



zum nächstmöglichen Termin in Vollzeitbeschäftigung.

Haben wir Ihr Interesse geweckt, dann freuen wir uns über Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen.

Verkäufer

RECHTSHILFE

Was wir von Ihnen erwarten:
 - mit Begeisterung verkauft
 - selbstständig und flexibel
 - modisches Feeling

Was wir bieten:
 - einen sicheren Arbeitsplatz
 - gute Konditionen
 - ein positives Team

Mittelständisches Unternehmen sucht zum sofortigen Eintritt Vollzeitbeschäftigung

3 Fliesenleger
3 Maler

Geschäftsfeld Digital Dentistry suchen

Informatiker (m/w)
 für den Ausbau unseres dentalen CAE

sowie einen
Physiker (m/w)
 für die Entwicklung und Einbindung

Romeo²

Ein neues Gesetz bereitet der Diskriminierung am Arbeitsplatz ein Ende. Oder?

Sie nicht!“ Das wäre seit Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 die beste Art, einem Bewerber abzusagen, meint Ingrid Wilder*, Personalreferentin eines privaten Krankenhausbetreibers: ohne Angabe von Gründen. An manchen Tagen bearbeitet die 33-Jährige bis zu fünfzig Anfragen für eine Stelle. Seit es das AGG gibt, ist das komplizierter geworden: „Bei jeder Bewerbung muss ich dokumentieren, warum jemand geeignet ist oder nicht; ebenso notiere ich Eckdaten des Lebenslaufes. Das alles bewahre ich fünf Monate auf.“ So lange könnte ein abgelehnter Bewerber gegen das Unternehmen klagen. Ob das mit dem Datenschutz zu vereinbaren sei, bezweifelt Wilder, doch als Vertreterin eines Arbeitgebers muss sie beweisen können: Wir haben nicht diskriminiert.

Das AGG schützt Arbeitnehmer vor Diskriminierung. Niemand darf in seiner Erwerbstätigkeit, unabhängig von der beruflichen Position, aufgrund von „Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“ benachteiligt werden, so das Ziel des Gesetzes. So darf zum Beispiel ein orthodoxer Jude, der sich als Erzieher in einem katholischen Kindergarten bewirbt, nicht mehr aufgrund seines Glaubens abgelehnt werden. „Nur wenn eine Julia für die Inszenierung von *Romeo und Julia* gesucht wird“, so Wilder, „darf man das in der Stellenausschreibung formulieren. Und einen männlichen Bewerber gegebenenfalls ablehnen.“

Das Gesetz habe am Arbeitsplätzeangebot bislang nichts verändert, meint Ottmar Schader, Pressesprecher der Agentur für Arbeit in München. Die Arbeitsvermittler weisen jedoch Unternehmen auf das AGG hin, wenn ihnen in Aufträgen zur Stellenbesetzung offensichtliche Verstöße auffielen. In bestimmten Fällen sei es außerdem notwendig, mit dem Arbeitgeber direkt Kontakt aufzunehmen. Ohne eine solche Rücksprache würde ein Vermittler nach wie vor einem Mann

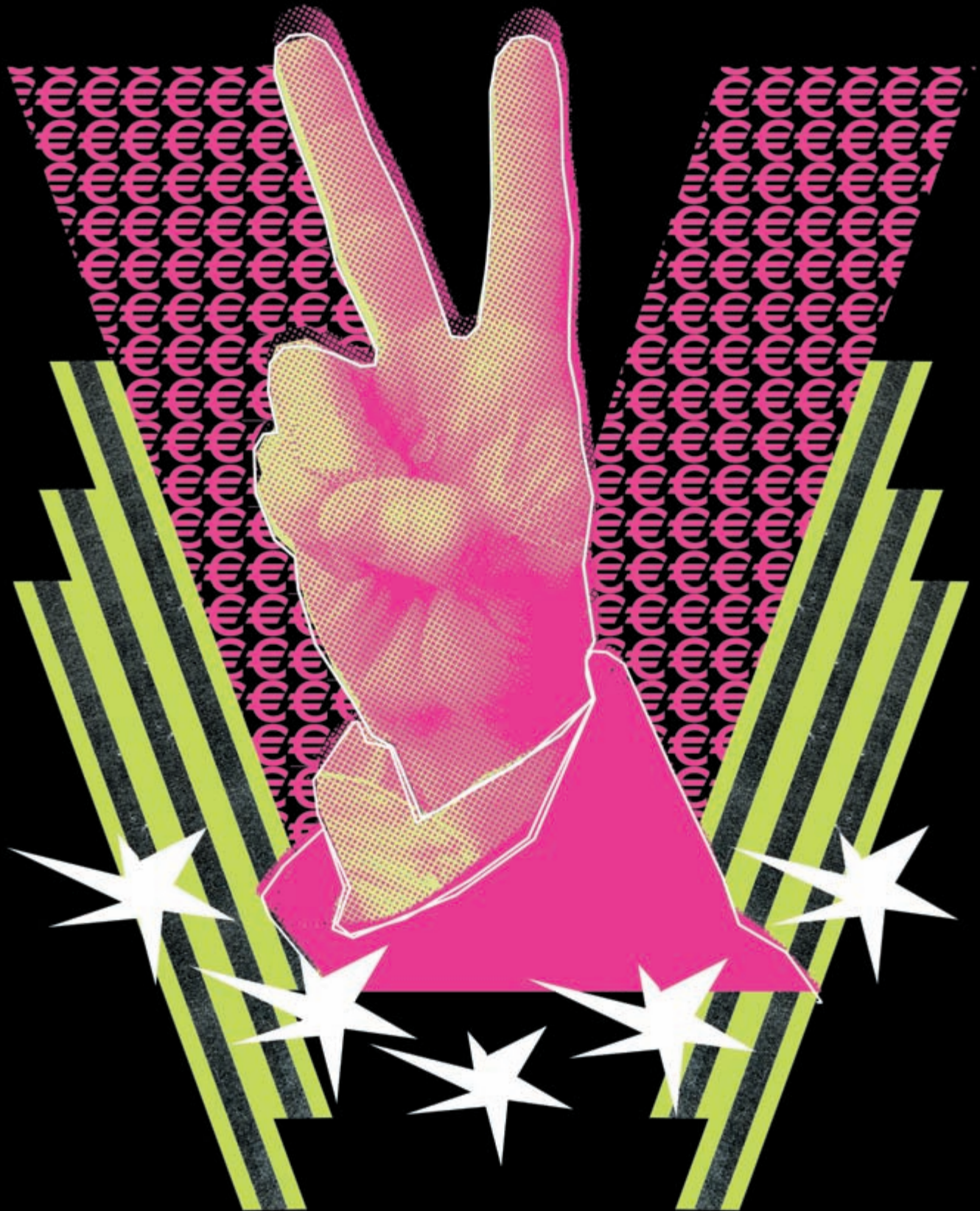
nicht empfehlen, sich als Geschäftsführer eines Frauenverbands zu bewerben.

Das AGG verändert auch bestehende Arbeitsverhältnisse. „Wird ein farbiger Einkäufer beispielsweise von einem Kunden aufgrund seiner Hautfarbe angegangen, ist es die Pflicht des Unternehmens, den Mitarbeiter zu schützen. Das geht so weit, dass sogar der Kontakt zum Kunden abgebrochen werden kann, das könnte in diesem Fall der farbige Einkäufer von seiner Firma verlangen“, erklärt Wilder. Beförderungen, soziale Vergünstigungen oder Urlaubstage, die sich in vielen Unternehmen bislang auch auf das Lebensalter oder die Dauer der Betriebszugehörigkeit stützten, müssen neu begründet werden, etwa durch besonderes Engagement in internen Projekten.

Schader sieht besonders für künftige Generationen Positives am AGG: „Geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten kann sich dadurch verändern. Natürlich passiert das nicht von heute auf morgen, aber junge Menschen müssen sehen, dass sie auch später in ihren Branchen eine Beschäftigung finden. Einen Krankenpfleger gab es vor 20, 25 Jahren nicht; heute gilt dieser Job als etwas Selbstverständliches. Ähnlich ist es mit dem Beruf der Polizistin.“ Als Beispiel für den möglichen Wandel nennt der 47-jährige Schader die IT-Branche. „Derzeit sind dort zehn Prozent Frauen beschäftigt, es wird über einen Mangel an hochqualifizierten Studienabsolventen geklagt. Da kann es nur sinnvoll sein, dass in technischen Fächern der Branchenanteil von Frauen höher wird; das würde auch den Fachkräftemangel mindern.“

Noch ist in Deutschland kein Fall bekannt, „doch man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass abgewiesene Bewerber mit dem Gesetz im Rücken gegen Diskriminierung vorgehen werden“, meint Schader. Davon geht auch Ingrid Wilder aus. Immerhin kann sie sich nicht vorstellen, dass in Deutschland ein Mann die Rolle der Julia in einer Shakespeare-Aufführung vor Gericht erstreiten möchte.

Text: Barbara Streidl



Groß RAUSKOMMEN

Professor Klaus Bernsmann lehrt Studenten an der Universität Bochum die Gleichheit vor dem Gesetz. Strafverteidiger Klaus Bernsmann trägt dazu bei, dass es in Wirklichkeit anders läuft.

Text: Johannes Nitschmann Illustration: Anna Brunby

Bei dem Deal stört am Ende nur noch das schrillende Handy der Schöffin. Dann geht alles ganz schnell im Saal L 117 des Düsseldorfer Landgerichts. Nach 17 Verhandlungstagen beantragt die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Strafverfahrens gegen Eckhard Sch. – gegen die Zahlung einer Geldauflage in Höhe von einer Million Euro. Der Angeklagte soll als Chef der Düsseldorfer Firma „Lotto Team“ jahrelang eine illegale Lotterie betrieben und dabei mindestens 30 Millionen Euro an Steuern hinterzogen haben. Der Fall ist juristisch komplex und kompliziert. Gleich vier Anwälte verteidigen den Angeklagten. Eine zeitraubende Beweisaufnahme mit zahlreichen Zeugen und Sachverständigen droht. Jetzt wollen alle Beteiligten kurzen Prozess machen. Hinter den Kulissen sind sich Ankläger und Verteidiger längst einig geworden. Es geht nur noch um den Preis.

Der Bochumer Strafrechtsprofessor Klaus Bernsmann, ein Hochkaräter in der vierköpfigen Verteidigerriege, greift das Eine-Million-Angebot der Staatsanwaltschaft auf: „Wenn wir uns in der Mitte begegnen könnten, wäre das die absolute Schmerzgrenze, die machbar ist.“ Sein Mandant, von der Boulevardpresse als „Lotterie-König“ gefeiert, sei derzeit nicht sehr solvent, barmt Bernsmann. Die Privatbank, bei der ein Großteil der Tipp-gelder gebunkert wurden, sei in Konkurs gegangen, Millionensummen seien dadurch verbrannt worden. Er bitte deshalb bei der Geldauflage darum, diese in sechs Monatsraten abstottern zu können. Wirklich arm ist

der Angeklagte wohl nicht. Als Sch. wegen der Anklagevorwürfe in Untersuchungshaft saß, hatten die Fahnder bei ihm immerhin 200 Millionen Euro beschlagnahmt. Die Richter gaben das Geld bald wieder für den Angeklagten frei.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Nur wenige Minuten. Dann verkündet die Richterin vor den leeren Zuschauerbänken eine Entscheidung, die sie selbst „kurz und schmerzlos“ nennt: Der Angeklagte müsse 750 000 Euro in sechs Raten zu 125 000 Euro binnen sechs Monaten an die Staatskasse zahlen. Danach werde das gegen ihn laufende Strafverfahren wegen „unerlaubter Lotterie-Veranstaltung“ und Steuerhinterziehung nach Paragraph 153a der Strafprozessordnung eingestellt. Mit diesem Geld sind nach Aussagen der Richterin „gerade mal die Verfahrenskosten gedeckt“. Der Angeklagte Sch. verlässt das Gerichtsgebäude an diesem grauen Novembermorgen als freier Mann und ohne Vorstrafen.

„Vor dem Gesetz sind alle gleich – und die Reichen gleicher“, lautet die Faustformel frustrierter Fahnder. Immer seltener bringen sie Wirtschaftskriminelle bis auf die Anklagebank oder gar ins Gefängnis. Zunehmend kaufen sich vermögende Angeklagte bei der Justiz frei – heute der Lotto-König, morgen die Mannesmann-Manager. „Paragraf 153a“ heißt das Zauberwort. Nach dieser Vorschrift der Strafprozessordnung können laufende Strafverfahren dann eingestellt werden, wenn dem „die Schwere der Schuld“ nicht entgegensteht. Zudem müssen die Auf-

lagen, meist geht es um Geldzahlungen, geeignet sein, „das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen“. Damit werde der Gerichtssaal „zum Markt, auf dem die Strafen ausgehandelt werden“, kritisiert Heribert Prantl, Journalist und gelernter Staatsanwalt. Jeder profitiere davon: Das Geständnis erleichtere dem Richter die Arbeit, die milde Strafe dem Angeklagten das Leben. „Nur“, wendet Prantl süffisant ein, „die Gerechtigkeit steht womöglich etwas dumm da, aber die ist eh nicht Verfahrensbeteiligte.“

In dem Bochumer Universitätsbüro von Professor Bernsmann hängen die von ihm erkämpften Einstellungsbescheide in prominenten Strafverfahren wie Trophäen an einer Pinnwand. Manche Verfahren wurden gegen Geldzahlungen eingestellt, manche wegen „dem Fehlen hinreichenden Tatverdachts“. Der 59-jährige Bernsmann gilt als Begabung auf seinem Gebiet. „Ich schreibe wenig und telefoniere viel“, verrät der wortflinke Professor über seine Nebentätigkeit als Strafverteidiger. Bernsmann, der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs textsicher rezitiert wie andere Gedichte, inszeniert sich als juristischer Überzeugungstäter. Das macht Eindruck auf Staatsanwälte und Richter.

Bei den Ermittlungen gegen den früheren NRW-Finanzminister Heinz Schluößer (SPD) wegen Verdachts des Geheimnisverrats an Parteigenossen bei der Westdeutschen Landesbank (WestLB) überzeugte Bernsmann die Staatsanwälte in dem rekordverdächtigen Zeitraum zwischen Weihnachten und Neujahr von der Unschuld seines Man-

danten. Als der ehemalige Präsident von Borussia Dortmund, Gerd Niebaum, selbst Anwalt von Beruf, wegen Kapitalanlagebetrugs in den Fokus der Fahnder geriet, rief er den renommierten Bochumer Strafrechtsprofessor zu Hilfe. Wenige Monate später war das Verfahren gegen Niebaum wegen „erwiesener Unschuld“ eingestellt.

Derzeit bemüht sich Bernsmann, maßgebliche Funktionäre des FC Schalke 04 bei der Staatsanwaltschaft Essen rauszupacken. Gegen den Gelsenkirchener Fußball-Bundesligisten wird wegen des Verdachts der Bilanzfälschung ermittelt. Die Schalcker sollen das abbruchreife Parkstadion, das sie von der Stadt Gelsenkirchen für einen symbolischen Euro erworben hatten, wenig später mit einem Wert von rund 16 Millionen Euro auf der Habenseite eingebucht haben. Bernsmann strickt offenbar an einer Einstellung des laufenden Strafermittlungs-Verfahrens nach Paragraph 153a. Neben Steuernachzahlungen für den Traditionsverein würden für die beschuldigten Schalke-Funktionäre vermutlich hohe Geldauflagen fällig. Dafür blieben ihnen eine Anklage und Bestrafung erspart.

Im Vorlesungssaal HGC 30 der Bochumer Ruhr-Universität doziert Professor Bernsmann über Eigentums- und Vermögensdelikte. Die Jurastudenten im dritten Semester sollen einen Rechtsfall knacken: A. vergisst seine Geldbörse mit 250 Euro an der Kasse. Kunde C. bemerkt das liegen gebliebene Portemonnaie und will es der Kassiererin D. überreichen. Da meldet sich der Kunde B., ihm gehöre die Geldbörse, und lässt sich diese von C. aushändigen. „Das ist so 'n Klassiker“, ruft Bernsmann in den Hörsaal. Die Studenten sollen Tatbestandsmerkmale für Diebstahl, Betrug und Unterschlagung nennen. Für den Professor mit der grau melierten Beatlesfrisur „absoluter Kinderkram“. Nicht für seine Studenten. Die rätseln und ringen mit dem Recht. Schnaufend tigert Bernsmann an der Tafel auf und ab. Er wirkt genervt. Ist endlich eine Etappe bei der juristischen Lösung des Geldbörsenfalles geschafft, stößt Bernsmann erleichtert ein „Puh“ oder



„Huh“ hervor. Im Gerichtssaal läuft es in der Regel leichter für den Strafrechtsprofessor. Wie würde er in dem Geldbörsenfall als Anwalt des Beschuldigten B. reagieren? „Natürlich Einstellung nach 153a“, antwortet Bernsmann routiniert auf dem Weg vom Hörsaal in sein Büro. Grau ist alle Strafrechtstheorie. „Was wir hier machen, ist doch Feldhockey“, beschreibt der Professor seine Vorlesungen. In der juristischen Alltagspraxis aber werde „Eishockey gespielt“ – mit beinharten Zweikämpfen, brutalen Fouls und vielen Nickeligkeiten. Im Sport ist Bernsmann ebenso zu Hause wie in der Juristerei. Fünf Jahre lang trainierte er zwischen 1975 und 1980 die Handball-Damen des UTG Witten in der Bundesliga. Dreimal war Bernsmann Deutscher Judo-Meister – im Leichtgewicht. Unter den bundesdeutschen Strafrechtlern zählt der bissige Kämpfertyp längst zu den Schwergewichten.

Bernsmann stammt aus dem Arbeitermilieu im Ruhrgebiet. Nach vier Generationen war er der erste Akademiker in seiner Familie. Seine Eltern mussten sich das Schulgeld vom Munde absparen. „Ich habe lange den verschüchterten Proleten gegeben.“ Als Student war er politisch links. Eher „aus Ratlosigkeit“ habe er Mitte der Sechzigerjahre sein Jurastudium begonnen, „nicht wegen irgendeines Gerechtigkeitsfaibles“. Während seines Stu-

diums mischte er in undogmatischen linken Anwaltskollektiven als Ghostwriter mit, machte er manche Sinnkrise durch. Selbst heute, als hochbestallter Strafrechtsprofessor, glaubt er nicht an Gerechtigkeit durch das Recht. Allzu viel sei „politische Symbolik“, wie etwa der neu geschaffene Straftatbestand für Graffiti-Schmierereien.

Im Laufe der Zeit hat Bernsmann eine pragmatische Haltung zu Recht und Gesetz entwickelt. Dazu gehört nicht zuletzt der Deal im Strafprozess. Eine Verständigung zwischen Angeklagtem, Staatsanwaltschaft und Richtern beweise, sagt Bernsmann, „dass man sich im Gerichtssaal nicht anschreien muss, dass man sich einigen und Rechtsfrieden herstellen kann“. Ihm missfällt die gesellschaftliche Neigung sehr, bei Strafvergehen gestandener Wirtschaftsführer „unbedingt nach dem Knast“ zu rufen. „Man will die Großen demütigen.“ Dagegen müsse es in Strafverfahren darauf ankommen, dass Kriminalität aufgeklärt, transparent gemacht „und der entstandene Schaden“ beglichen werde, verlangt Bernsmann.

Und das Strafrecht als Abschreckungs- und Vorbeugungsinstrument? Bernsmann bleibt skeptisch. Gefängnisse seien häufig Kaderschmieden für Kriminelle. Skandalöse Zustände in Jugendhaftanstalten, wie sie im November dieses Jahres nach dem Gefängnis-

mord an einem 20-jährigen Häftling in Siegburg serienweise aufgedeckt worden seien, hält der Bochumer Professor für „verfassungswidrig“. Da werde permanent gegen die grundgesetzlich garantierte „Würde des Menschen“ verstoßen.

In der Alltagsrealität sieht Bernsmann die Bundesrepublik von einem gerechten Strafrechtssystem noch weit entfernt, jedenfalls sei es nichts für die Ewigkeit. „Vielleicht ist

das eine notwendige Durchgangsstation“, sagt der Rechtsgelehrte. „Fünf Milliarden Jahre ist die Sonne alt, fünf Milliarden Jahre hat sie noch vor sich. Die Ewigkeit ist noch lang.“ Dass es derzeit arg ungerecht zugeht im Justizapparat, dafür führt Bernsmann – „Ich weiß das klingt zynisch“ – seine eigene Arbeit als Strafverteidiger an. „Das Gesetz trifft nur die Unterschicht, weil ich die Großen doch raushaue.“ ●

DER PARAGRAF 153a

In etwa 90 Prozent aller Wirtschafts- und Strafverfahren kommt es nach Darstellung des Frankfurter Strafverteidigers Eckhard Hild zu einem Deal. Wenn ein von der Staatsanwaltschaft verfolgter Mandant zu ihm komme, frage er ihn routinemäßig, ob er „eine juristische oder kaufmännische Lösung für seinen Fall“ wünsche.

Das Zauberwort heißt unter Juristen „Paragraf 153a“. Dieser Paragraf der Strafprozessordnung sieht vor, dass die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren bei einer Geldauflage für den Beschuldigten einstellen kann, wenn dem weder „die Schwere der Schuld“ noch „das öffentliche Interesse“ entgegensteht. Kritiker sehen darin eine moderne Form des Ablasshandels. In der Praxis laufe dies so, berichtet Anwalt Hild: „Staatsanwälte, Richter und Verteidiger treffen sich zu einem Moment X, sei es vor oder nach Beginn eines Prozesses. Dann schnüre man ein Paket: Welche Vorwürfe gesteht der Angeklagte, welche Anklagepunkte lässt die Staatsanwaltschaft fallen, wie viel kostet der Deal, wer stellt den Antrag auf Einstellung?“ Der eigentliche Strafprozess ist dann, laut Hild, „nur noch eine Schauveranstaltung“.

Konzipiert wurde die Verfahrenseinstellung gegen eine Geldauflage ursprüng-

lich für Massendelikte von geringer Schuld. Bei den meisten der jährlich etwa 300 000 Einstellungen handelt es sich tatsächlich um Kleinkriminalität wie Laddendiebstahl oder Verkehrsdelikte. Immer häufiger aber suchen Staatsanwälte und Verteidiger bei komplexen, heiklen Großverfahren den Ausweg nach 153a – wie jüngst im Mannesmann-Prozess. Für den Frankfurter Strafrechtler Wolfgang Naucke hat das „mit Juristerei gar nichts mehr zu tun“. Er hält die im Gesetz für die Einstellung nach Paragraf 153a formulierten Voraussetzungen für so vage, dass diese Strafrechtvorschrift „verfassungswidrig“ sei.

Hinzu kommt ein Ungleichgewicht bei den Ermittlungsergebnissen. Bei den insgesamt 11 705 Wirtschaftsstrafverfahren in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2005 wurde lediglich in 844 Fällen Anklage erhoben – das sind etwa 7,5 Prozent. In 721 Fällen wurden die Verfahren nach Paragraf 153a gegen Geldauflagen wieder eingestellt. In mehr als 80 Prozent aller Wirtschaftsstrafverfahren kam es weder zu einer Anklage noch zu einer Einstellung gegen Auflagen. Bei allen übrigen Strafdelikten wurde dagegen in einem Viertel (24,7 Prozent) Anklage erhoben, 4,8 Prozent der Verfahren wurden nach 153a eingestellt. *Johannes Nitschmann*

IMPRESSUM

fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe 21, Dezember 2006

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 01888 / 515-0

Redaktion:
Thorsten Schilling (verantwortlich),
Bundeszentrale für politische Bildung
(schilling@bpb.de)
Dirk Schönlebe (redaktionelle Koordination, CvD)
Thomas Kartsolis (Art Direction)

Texte und Mitarbeit:
Theresa Bäuerlein, Serge Debrebant, Julia Decker,
Daniel Erk, Meredith Haaf, Anne Haeming,
André Kerner, Susanne Klingner, Martina Koch,
Christoph Leischwitz, Barbara Lich, Caroline von
Lowtzow, Johannes Nitschmann, Bastian
Obermayer, Dirk Schönlebe, Anne Siemens,
Barbara Streidl, Daniel Völzke, Marc Winkelmann

Fotos und Illustrationen:
Anna Brunnby, Merlijn Doomernik, Anja Frers,
Marc Herold, Eva Hillreiner, Simon Koy,
Peter Langer, Peggy Meinfelder, Betty Myller,
Silke Weinsheimer

Schlussredaktion: Isolde Durchholz

Redaktionsanschrift / Leserbrief:
fluter – Magazin der Bundeszentrale für
politische Bildung. sv corporate media GmbH,
Emmy-Noether-Straße 2/E, 80992 München
Tel. 089/2183-8327
Fax 089/2183-8529
leserbriefe@heft.fluter.de

Redaktionelle Umsetzung:
Magazin Verlagsgesellschaft Süddeutsche Zeitung
mbH
Süddeutsche Zeitung Agentur
Rindermarkt 5
80331 München

Satz + Repro: Impuls GmbH
Taubesgarten 23, 55234 Bechtolsheim

Druck: Bonifatius GmbH
Druck – Buch – Verlag
Paderborn
leserservice.fluter@bonifatius.de

Abo verlängern & abbestellen:
Tel. 05251/153-188 (24 Std.)
Fax 05251/153-199

Abo bestellen & Service
Tel. 05251/153-180
Fax 05251/153-190

Bonifatius GmbH
Stichwort: fluter
Postfach 1269
33042 Paderborn

Nachbestellungen von fluter werden
ab 1 kg bis 15 kg mit 4,60 Euro
kostenpflichtig.

Papier: Dieses Magazin wurde auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

ISSN 1611-1567 Bundeszentrale für
politische Bildung
info@bpb.de, www.bpb.de

Online-Bestelladresse:
www.fluter.de/abo

„Ich möchte nicht sterben“

Frau, Muslima, Flüchtling: Ayaan Hirsi Ali hat schon oft darüber nachdenken müssen, ob alle Menschen gleich sind.

Interview: Anne Siemens Foto: Merlijn Doomernik

Frau Hirsi Ali, wann ist Ihnen „Gleichheit“ als Prinzip erstmals begegnet?

Als Kind. Ich wuchs in Somalia in dem kommunistischen Regime Siad Barrés auf, der sich 1969 an die Macht geputscht hatte. Alle Menschen sollten angeblich gleich sein, doch das System war durchzogen von Korruption. Zudem wurde die Gleichheit pervertiert: Alle mussten das System gleich gut finden. Wer sich kritisch äußerte, musste mit Folter und Tod rechnen.

Wann erlebten Sie wahre Gleichheit?

Die politischen Aktivitäten meines Vaters im Widerstand gegen Siad Barré führten uns über Stationen in Saudi-Arabien und Äthiopien schließlich nach Nairobi, die Hauptstadt Kenias. Dort verbrachte ich meine Jugend und bekam eine Idee davon, was wahre Gleichheit bedeutet.

Auf welche Weise?

Kenia war früher eine britische Kolonie, das hatte sich auch auf die Lehrpläne an den Schulen ausgewirkt. Wir lasen Bücher wie *Die fünf Freunde* von Enid Blyton oder George Orwells *1984*. Es war mein Glück, dass unser Vater so fortschrittlich war und darauf bestand, dass meine Schwester und ich zur Schule gingen. Er ahnte sicher nicht, welche Auswirkungen das auf uns haben würde.

Was veränderte sich durch die Bücher?

Sie hatten eine Botschaft, die es bisher in meinem Leben nicht gegeben hatte: Es ging darin um Individuen. Männer und Frauen begegneten sich auf einer Ebene. Ich bin als Muslima aufgewachsen ...

... und mit den Regeln des Familienclans.

Im Clan geht es immer nur um die Interessen der Gruppe. In den Büchern aber gab es Heldinnen, die ihr Glück suchten. Wie viele Mädchen in meiner Klasse las ich heimlich Kriminalgeschichten und erotische Kitschromane. Damit verstieß ich wissentlich gegen die Regeln des Islam. So wie ich erzogen wurde, darf sich ein muslimisches Mädchen nicht gleichgestellt oder gar frei fühlen. Es geht nicht eigenen Ideen oder Abenteuern nach. Auch Sehnsucht nach all dem darf es nicht verspüren – schon gar nicht erotischen

Gedanken nachgehen oder sexuelles Verlangen empfinden, solange es nicht verheiratet ist. Ich sollte, wie alle muslimischen Mädchen, keinen individuellen, eigenen Willen haben. Sondern nach innerer Ruhe streben, indem ich mich in Hingabe und Unterwerfung übe. Das bedeutet der Begriff Islam wörtlich. Dabei bemühte ich mich damals eigentlich noch so zu leben, dass ich in Gottes Augen gut war. Als „gute Muslima“ war ich erhaben gegenüber anderen, und gerade als Jugendliche findet man das so bestechend: etwas Besonderes und Besseres zu sein.

„MEIN VERHÄLTNISS ZUM TOD IST EIN ANDERES ALS DAS VIELER EUROPÄER.“

Woher kam dann Ihr Widerstand?

Vielleicht lag es an der Kluft zwischen der Lebensführung, die der Islam verlangte, und dem wirklichen Alltagsleben.

Können Sie diese Kluft beschreiben?

Ein Beispiel: Als Jugendliche erlebte ich, wie ungerecht das Leben zu meiner Mutter war. Mein Vater ging seinen politischen Aktivitäten nach, er ließ uns in Nairobi zurück, heiratete erneut, während meine Mutter sich in den durch Religion und Clankontext gesetzten Regeln bewegen musste. Viele ihrer Träume zerbrachen deshalb. Mir war es unbegreiflich: Die Gerechtigkeit Gottes wird auf jeder Seite des Korans gepriesen – wie kann er dann wollen, dass Frauen so leben müssen? Viele Frauen, aber auch Männer zerbrechen an den Widersprüchen und Schwierigkeiten, die sich aus einem Leben nach den Regeln des Islam ergeben.

Kann man angesichts der unterschiedlichen Koran-Interpretationen von „dem“ Islam sprechen – und darauf eine Kritik aufbauen?

Es gibt unterschiedliche Interpretationen. Doch wie viele Interpretationen des Wortes „schlagen“ gibt es?

Wann haben Sie sich zum ersten Mal gleichgestellt gefühlt?

Mit 23 Jahren. Mein Vater hatte für mich die

Ehe mit einem Muslim aus Kanada arrangiert. Von Somalia floh ich nach Deutschland, dann in die Niederlande. Dort bekam ich nach einiger Zeit das Aufenthaltsrecht als Flüchtling. Vor meiner Familie war ich untergetaucht und lebte in ständiger Angst, aufgespürt zu werden. Tatsächlich fanden mich schließlich Clanmitglieder, die in Europa leben. Die Männer beriefen eine Versammlung ein, vor der ich meine Entscheidung gegen die arrangierte Ehe begründen musste. Das tat ich – und sie wurde akzeptiert. Ich wurde weder bedroht noch geschlagen. Für eine Frau, die in Europa aufwächst, ist das nicht unbedingt etwas Besonderes. Für mich war es revolutionär – und die Niederlande mit den dort garantierten Rechten eine neue Welt.

Sie haben sich, seit Sie dort ankamen, Schritt für Schritt von Ihrem Glauben abgewandt.

Ja, aber es geht mir um eine Reform des Islam. Ich weiß, wie schwer die Auseinandersetzung ist, denn ich bin diesen Weg selbst gegangen und habe mich von dem durch den Islam vorgeschriebenen Rollen- und Weltbild emanzipiert. Am Ende habe ich meinen persönlichen Schluss gezogen, doch das ist nicht die Botschaft meines heutigen Engagements. Sie heißt vielmehr: Die Auseinandersetzung ist möglich. Eine Reform dauert nicht Hunderte von Jahren.

Für Ihre Kritik müssen Sie mit Morddrohungen radikaler Muslime leben.

Ich bin oft gefragt worden, ob ich Todessehnsucht hätte, weil ich meine Kritik am Islam so klar ausspreche. Ich möchte nicht sterben. Doch ich bin in Somalia geboren, in einem Land, in dem der Tod allgegenwärtig ist. Mein Verhältnis zu ihm ist deswegen wohl ein anderes als das vieler Europäer, mit denen ich darüber gesprochen habe.

Inwiefern?

Für mich ist es nichts Selbstverständliches, am Leben zu sein. Solange es für mich unter meinen momentanen Lebensbedingungen erträglich ist, werde ich weiterkämpfen. Manches muss gesagt werden, sonst macht man sich zum Komplizen des Unrechts.



Ayaan Hirsi Ali wurde 1969 in Mogadischu/Somalia geboren. Im Alter von 23 Jahren verweigert sie sich einer Zwangsehe und flüchtet in die Niederlande. Sie war dort Parlamentsabgeordnete und wurde zur „Europäerin des Jahres 2006“ gewählt. Seit einigen Monaten lebt sie in den USA. Ihre Erfahrungen beschreibt sie in dem Buch *Mein Leben, meine Freiheit*.

GLEICH GESTELLT

Vier Fragen im Heft, vier im Internet.

Wer sagte:

**„Wenn man der Natur freien Lauf lässt,
arbeitet sie gegen die Gleichheit“?**

- p) Charles Darwin
- l) Paul Getty
- u) Irenäus Eibl-Eibesfeldt
- a) Roman Abramowitsch

Ein statistisches Maß zur Berechnung der Ungleichverteilung ist:

- t) die Fini-Kurve
- k) der Mini-Faktor
- e) das Plini-Mittel
- n) der Gini-Koeffizient

Gleich und Gleich ...

- g) ... bestellt sich oft
- i) ... gesellt sich gern
- o) ... vergällt sich meist
- b) ... erhellt sich gut

Das Gleichheitszeichen erfand ein

- w) Inder
- v) Waliser
- y) Iraner
- z) Kanadier

Notiere die vier Buchstaben der richtigen Antworten. Vier weitere Fragen gibt es in Teil zwei des Rätsels unter www.fluter.de. Dort erfährst du auch, was es zu gewinnen gibt.

Das gesuchte, acht Buchstaben lange Lösungswort hat etwas Gleiches.

Schicke die Lösung an: gewinnen@fluter.de

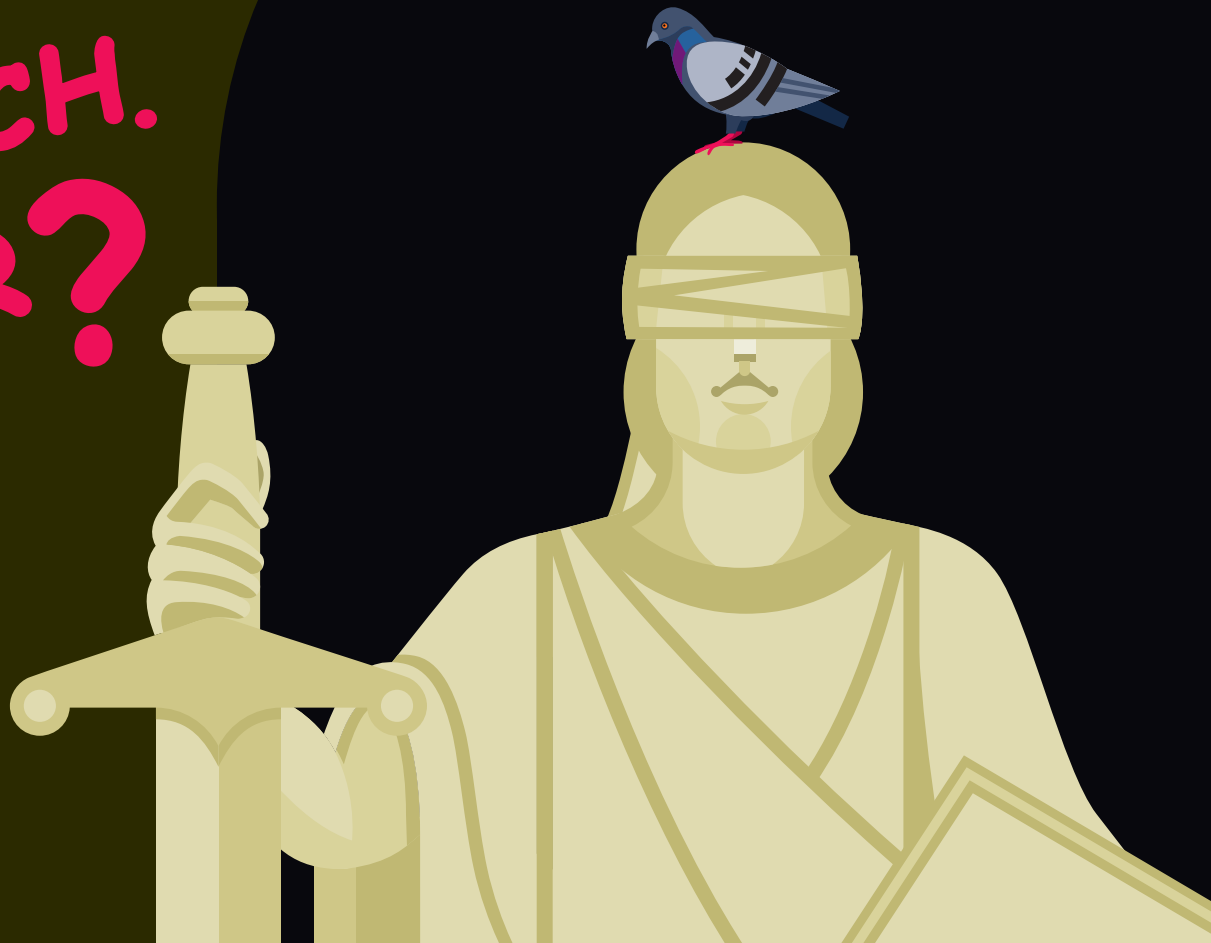
Oder an: *Redaktion und Alltag*

Stichwort: fluter-Rätsel

Pasteurstraße 8 / 10407 Berlin



ALLE SIND
GLEICH.
ODER?



Kurze Geschichte der Menschenrechte: Sie gelten für alle gleichermaßen und weltweit. Doch wer sorgt dafür, dass sie auch eingehalten werden?

Lieber satt als gleich? Wie wird der Begriff der Gleichheit in der Philosophie beleuchtet?

Hat der König immer Recht oder siegt die Liebe?
Vatel: Wenn sich der Koch in die Lieblingsmätresse des Sonnenkönigs Ludwig XIV. verliebt, steht alles auf dem Spiel.

Was ist gerecht? Der Kampf für die gerechte Sache ist Antriebsfeder des amerikanischen Mainstreamkinos.

Ausgleichende Gerechtigkeit: Aus arm wird reich, aus hässlich schön und aus böse gut. Sind in Märchen wirklich am Schluss alle gleich?

Im Ungleichgewicht: Die Megaslums des „Südens“ sind Ausdruck einer instabilen Welt. Darüber schreibt Mike Davis in seinem neuen Buch „Planet der Slums“.

Im Februar fragt fluter.de: Was macht das junge Russland?

Und im März kommt ein Wunschthema aus der fluter-Community: Wehrpflicht, Zivildienst und soziales Jahr.

fluter leuchtet ein.

fluter.de

MAGAZIN DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Viermal im Jahr bieten die
Informationen
zur politischen Bildung

das Wichtigste
zu einem Thema aus

- Politik, Wirtschaft
und Gesellschaft
- der deutschen Geschichte
- der europäischen und
außereuropäischen Welt



Jetzt kostenlos bestellen bei
infoservice@franzis-online.de oder www.bpb.de/publikationen